

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg., evtl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

An unsere Leser

richten wir jetzt, wo wieder einmal ein Monat zu Ende geht, die Bitte, rechtzeitig das Abonnement zu erneuern.

Unsere Leser wissen, daß in den nächsten Zeiten großes auf dem Spiele steht.

Im Zeichen des **Evangeliumskurses**, dessen Wege nicht annähernd vorauszusagen sind, der daher Ueberraschung über Ueberraschung erwarten läßt, gefällt sich die deutsche Politik nach außen in Weltmachtsgebärden. Noch ist nicht zu sehen, welchen Ausgang die deutsche **Sinapolitik** nehmen wird.

Nur für das arbeitende Volk ist eines klar von vornherein; mit der Weltmachtspolitik stellen sich auch die

neuen Steuern

ein. Die Forderungen für die **Marinevorlage** haben im Reichstage die schlimmsten Ausfichten gerechtfertigt.

Nach innen drängt die Politik des **Evangeliumskurses** auf **Entrechtung des arbeitenden Volkes**.

Die Reichspolitik wie die Politik der Einzelstaaten steht in diesen Tagen unter der Parole:

Unternehmerschutz und Arbeiterrecht.

Das bisherige Recht des Proletariats soll noch mehr geschmälert werden. Mehr Steuern und weniger Rechte!

Da heißt es, genau die

Parlamentsdebatten

zu verfolgen, genau zu studieren, was im Reichstag und was im Landtag vor sich geht. Es ist jedermanns Pflicht, den Kampf um die Freiheit, der sich dort abspielt, mitzuleben.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit ist es, bis Ihr an die Urne tretet und Euere

Reichstagswahlrecht

ausüben werdet. Dann gilt es, den Regierungen und den herrschenden Parteien die Antwort zu geben, die sie verdienen.

Denkt daran, daß bei all diesen Kämpfen die Presse die schneidigste Waffe des Proletariats ist. Die

Leipziger Volkszeitung

wird in den Kampf ziehen, wie sie es bisher gethan hat. Thue jeder das Seine dazu, daß sie immer größere Verbreitung und damit immer größere Macht gewinnt. Jeder neue Abonnent bedeutet einen Wachstums, eine Förderung im Kampfe um die gefährdeten Rechte des arbeitenden Volkes.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Morgen

Die wahre Geschichte von einem Jäger, der zu lebhaft träumte.

Von Caran d'Ache.

Leipzig, 31. Januar.

In der politischen Welt Deutschlands betrachtet man die Hamburger Nachrichten nach wie vor als das leitende Organ der Bismarckpresse, und wenn in diesem Blatte irgend ein schärfer markierter Artikel, namentlich gegen die Sozialdemokratie, erscheint, so wird er auf die Inspiration oder gar die Autorität des „Säkularmenschen“ im Sachsenwald zurückgeführt. Das dürfte in jüngster Zeit schwerlich mehr zutreffen, denn nach allem, was man aus informierten Kreisen über den Altreichskanzler vernimmt, ist dessen körperlicher Zustand nicht derart, daß der Alte sich in dem Maße, wie man glaubt, mit politischen Dingen noch beschäftigen könnte. Nachdem er seine Memoiren vollendet, scheint er sich um weiter nichts mehr zu bekümmern. Die Memoiren, für die er ein ungeheures Honorar erhalten haben soll, sind gedruckt und liegen in einem großen süddeutschen Verlage bereit, um sofort beim Ableben Bismarcks erscheinen zu können. Viele seiner „Freunde“ mögen sich darauf freuen: mit Galle wird in diesen Memoiren ganz gewiß nicht gepart werden, und vielleicht werden damit am meisten diejenigen überhäutet, die es am wenigsten erwarten.

Das irrtümlich immer auf Friedrichsruh zurückgeführte Pöbelgetriebe geht, wie von kundiger Seite versichert wird, von dem Grafen Herbert Bismarck aus, von dem „Sohne seines Vaters“, der den Alten gerne kopieren möchte, wenn er könnte. Wenn man dies nicht so wüßte, so könnte man es auch aus den Leistungen sehen. Der Alte war erkennbar an seinen oft überraschenden Wendungen, an seinen scharf zugespitzten Pointen, an seinen oft sehr zutreffenden satirischen Bemerkungen. Den Sohn erkennt man in seiner Wirksamkeit daran, daß an Stelle der geistreichen Bosheiten pure Plattheiten und Gemeinplätze getreten sind. Wie könnte das auch anders sein bei einem „Staatsmann“, dessen diplomatische Thaten so sehr zu Lustspielstoffen geeignet sind? Unter dem Regiment Herbert Bismarcks spielte sich jener komisch wirkende offiziös-journalistische Feldzug gegen die Schweiz wegen der Wohlgenuth-Affaire ab und außerdem bestanden seine politischen Erfolge nur darin, daß er die

Kaiserin von Oesterreich bewog, ihren zu dem Heine-Denkmalfonds gezeichneten namhaften Beitrag wieder zurückzuziehen.

Große Thaten dürften also von Herbert Bismarck in der Bismarckpresse auch nicht zu erwarten sein und das um so weniger, als die Bismarcks bekanntlich nicht freigebig sind. Was einzelne Schriftsteller dem Alten aus serviler Bewunderung zuliebe gethan, das bei dem Sohne zu wiederholen, haben sie absolut keine Ursache.

Wenn wir uns nun trotzdem mit den neuesten Kundgebungen der Hamburger Nachrichten gegen die Sozialdemokratie befassen, so geschieht das nur, um einmal nachzuweisen, wie unbedeutend sie sind und welche eine ungefähre Hand dabei thätig ist. Wenn wir die ganze Spiegelgeschichte auf ihren wahren Wert zurückgeführt haben, dann werden wir in Zukunft den Auslassungen des Herrn Bismarck nicht mehr Bedeutung zumessen, als denen irgend eines anderen mittelmäßigen Journalisten auch.

Gegen „diesen“ Reichstag richtet sich natürlich die ganze Wut der Bismarckschen Dynastie in allen ihren Ablegern, weil er die Gratulation zum 80. Geburtstag verweigert hat. Wir haben gewiß keine Ursache, diesem Reichstag ein besonderes Loblied zu singen, denn er hat sicherlich des Lebten genug gethan. Aber daß die Mehrheit es ablehnte, sich vor dem Gefährten zu neigen und dem Manne, der so viele gehässige Verfolgungen angezettelt, auch noch dafür eine Anerkennung zu zollen, das war eine der besten Thaten „dieses“ Reichstags.

Darum fällt auch die Bismarckpresse so ingrinnig über ihn her. Auf seiner Rednerbühne, heißt es, führten „die Apostel der internationalen Revolution“ das große Wort und die Mehrheit habe nicht den Mut, sie mit Schlußanträgen tot zu machen; sie scheine sogar mit ihnen zu sympathisieren. Die Regierung verhalte sich defensiv und nur die Herren Stumm und Kardorff seien noch wadere Patrioten und kämpften gegen den Drachen Sozialdemokratie mit Entschiedenheit!

Ah, wenn der gute Herbert wüßte, wie die Sozialdemokraten oft über die langweiligen und mit Plattitüden überreich gespickten Reden der beiden „Sozialistenführer“ lachen! Sie verbreiten die stenographischen Berichte über die Reden dieser beiden ja selbst zu Tausenden, damit die Arbeiter draußen im Lande auch etwas zu lachen haben. Weder der Schlotjunfer, noch der Kranzjunfer können mit ihren Reden noch einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, und der König Stumm scheint dies auch zu fühlen, denn er beschäftigt sich oft stundenlang damit, die sozialdemokratischen Abgeordneten grimmig anzustieren. Ob er sich

Seuiletton.

Handgedruckt verboten.

Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Decher.

An den beiden Enden des Hafendamms bezzeichneten zwei kleinere Leuchtfeuer, zwerghaft neben jenen Lichtriesen, Havres Hafeneinfahrt, und weiter hinunter, jenseits der Seine, sah man ihrer noch viele, die einen mit festem Feuer, die anderen bald hell aufleuchtend, bald sich verfinstern wie ein Auge, das sich öffnet und schließt.

Und Augen waren es ja auch, gelbe, rote, grüne Augen, die das von Schiffen wimmelnde, dunkle Meer treu bewachten, die lebendigen Augen der gasifreundlichen Mutter Erde, deren durch einen unwandelbaren, zuverlässigen Mechanismus geregeltes Heben und Senken der Wimpern dem Seemann sagte: „Ich bin es — ich bin Trouville, ich bin Honfleur, ich bin der Fluß von Pont-Audemer,“ und alle anderen beherrschend, so hoch, daß man geneigt war, ihn für einen Planeten zu halten, wies von lustiger Höhe der Leuchtturm von Trouville den Weg durch die bedenklichen Sandbänke der breiten Strommündung nach Rouen.

Auf dem düsteren, unbegrenzten Wasserspiegel, der weit lichtloser dalag als der Himmel, glaubte man da und dort einen Stern blitzen zu sehen.

Nah und fern, winzig klein, weiß, grün oder rot zuckten die kleinen Lichter in dem nebligen Dunst, der über der Wasserfläche ruhte. Die meisten blieben unbeweglich, einzelne schienen eilig dahinzuhuschen, es waren teils Signallaternen

von Fahrzeugen, die sich draußen vor Anker gelegt, um die Flut abzuwarten, teils von solchen, die noch auf der Suche nach Ankergrund unterwegs waren.

In diesem Augenblick stieg der Mond hinter der Stadt herauf wie ein gewaltiges, ewiges Leuchtfeuer, das am Firmament die zahllose Flotte der Sterne leitete und lenkte.

Peter konnte es nicht lassen, er mußte mit fast lauter Stimme vor sich hinsagen: „Und wir kleines Menschenvolk machen aus jeder Mücke einen Elefanten.“

Blödsinn sah er in seiner unmittelbaren Nähe, in der weiten, dunkeln Klust, die sich zwischen den beiden Endpunkten des Damms aufthat, einen Schatten, einen phantastischen riesenhaften Schatten dahingleiten. Sich über die granitene Brustwehr beugend, erkannte er, daß es eine Fischerbarke war, die lautlos, ohne daß eine Stimme vernnehmbar geworden wäre, ohne daß man den Kiel der Wellen brechen oder das Ruder plätschern gehört hätte, einlief, sanft dahergetrieben von ihrem hohen braunen Segel, das die letzte Brise vom offenen Meere her aufblähte.

„Wer immer und immer so dahin treiben könnte. Vielleicht, daß man dann Ruhe fände,“ dachte der einsame Wanderer, der nun auf einmal auf der Brüstung des Molo eine Gestalt sitzen sah.

Neugier, zu wissen, wer gleich ihm hier die Einsamkeit gesucht habe, ergriff ihn, ein Nachtwandler, ein Verliebter, ein Weltweiser, ein vom Glüd Trunkener oder ein tiefbetrümmertes Menschenkind. Wer konnte das wissen? Er trat näher und erkannte seinen Bruder.

„Du bist's, Hans, sieh mal an!“

„Du hier... Peter? Was machst Du denn hier?“

„Nun, ich schöpfe Lust! Und Du?“

„Ich schöpfe auch Lust,“ erwiderte Hans lachend.

Peter setzte sich neben seinen Bruder.

„s ist unvergleichlich schön, nicht wahr?“ sagte er.

„Freilich,“ stimmte Hans in einem Tone bei, dem man es anhöre, daß er von seiner gesamten Umgebung nichts gesehen und wahrgenommen hatte.

„Wenn ich da heraus komme,“ begann Peter wieder, „packt mich jedesmal eine unsinnige Lust, auf und davon zu gehen, nach Nord oder Süd, wohin so ein Schiff mich trägt, und ich muß immer denken, daß die Laternen, die da wie Hunderte von Glühwürmchen vor uns liegen, aus allen Ecken und Enden der Welt kommen, aus jenen Ländern mit den großen, wunderbaren Blumen und den schönen, schlanken, wachsgelben oder kupferfarbigen Mädchen, den Kolibris und Elefanten und Königtigern und Wiven und Regentürsten, aus all den Ländern, von denen man uns Märchen erzählt, sobald wir aufgehört haben, an Dornröschen und die Geschichte von den sieben Geißlein zu glauben. Famos wäre es schon, wenn man sich so eine Spazierfahrt einmal gönnen könnte, aber freilich, Geld gehört dazu, heillos viel Geld...“

Er brach ab — es war ihm eingefallen, daß sein Bruder ja jetzt Geld hatte, dies Geld, das man braucht, um aller Sorgen ledig, von lästigem Tagewerk befreit, zu leben, er konnte jetzt unbunden, glücklich, fröhlich sein, nichts legte ihm mehr Fesseln an, und wenn es ihm einfiel, zu den blonden Schwedinnen oder den dunkeln Frauen der Havanna zu segeln, so stand dem nichts im Wege.

Und wieder durchzuckte ihn einer jener flüchtigen Gedanken, die er nicht herbeirief und auch nicht bannen konnte, die blitzartig, ungewollt in ihm aufstauten, wie wenn eine zweite leidenschaftliche, von seinem Willen unabhängige Seele, die in ihm lebte, sie zu Tage förderte: „Er ist ja zu allem viel zu einfältig; er heiratet seine Frau Rosemilly, und damit ist sein Ehrgeiz befriedigt.“

wohl in seiner Phantastie ausmalt, wie sie sich ausnehmen, wenn sie am Galgen hängen oder durch das „Nationalfenster“ gucken? Das würde ihm wohl viel Vergnügen machen, aber sie werden sich wohl schwerlich herbeilassen, es ihm zu bereiten.

Von einem „Staatsmann“ wie Herbert Bismarck kann man auch nicht verlangen, daß er die Zeichen der Zeit versteht. Zwar hat er bei seiner jüngsten Rede über die Rinderpest sich als ein vorzüglicher Kenner der Verhältnisse in den Viehställen auf dem Lande erwiesen und weiß auch genau, wieviel Unrat der Bauer an den Schuhsohlen mit sich herumträgt, und wie er damit Seuchenkeime verschleppt. Das sind an sich auch ganz schätzenswerte Kenntnisse und wir beugen uns vor der Autorität des Herrn Grafen in diesem Falle. Aber in der Politik hält er sich wohl selbst nicht mehr für ein epochemachendes Genie, denn als er vor einiger Zeit im Reichstage gegen die Sozialdemokratie auftrat und dabei eine aus der Kinderstube stammende Räuber-geschichte von sozialdemokratischer Agitation unter dem Militär erzählte, da ward ihm aus der Heiterkeit des Reichstages wohl auch klar, daß er nicht zum „Drachentöter“ berufen sei, und darum klagt er, daß kein anderer kommt und dies so wenig lukrative Geschäfte übernimmt.

Wenn nun jetzt in der Bismarckpresse die Parole ausgegeben wird, die bürgerlichen Parteien sollten sich im nächsten Reichstage gegen den „Todfeind“, die Sozialdemokratie, zusammenschließen und ein neues Sozialistengesetz machen, so kann nur ein Mensch von der geringen politischen Einsicht des Grafen Bismarck den Wahn hegen, der kommende Reichstag werde nach dieser Bismarckschen Weise tanzen. Er schwagt hier dem Vater gedankenlos nach. Wenn schon der gegenwärtige Reichstag für ein Sozialistengesetz nicht zu haben war, so wird es der kommende noch weit weniger sein. Aber wer könnte dem Grafen Bismarck zumuten, dies einzusehen?

Sich mit der Bismarckpresse über die Bedeutung des Sozialistengesetzes streiten, wäre zwecklos. Es ist das Wutgeschrei der Ohnmacht, was uns aus dieser Presse entgegenhallt. Die Wähler werden schon die entsprechende Antwort auf dieses Geschrei nach neuen Nebengesetzen geben.

Damit haben wir gekennzeichnet, wie es in der Bismarckpresse gegenwärtig aussieht. So lange der Alte in Friedrichsruh noch lebt, wird es allerdings immer noch Dumme geben, die die Herbertsche Weisheit nicht von der seines Vaters unterscheiden können. Aber viele dürften ihrer nicht mehr sein.

Damit sei es genug. Wir werden uns mit den Stillübungen des Grafen Herbert Bismarck hier nicht wieder beschäftigen.

Politische Uebersicht.

Verschnappt!

Der preussische Landwirtschaftsminister hat in der Sitzung am Freitag im Abgeordnetenhaus zur Begründung dafür, daß nicht ein Gesetzesentwurf über das Wasserrecht in dieser Session zur Vorlage gelangt, wörtlich erklärt:

Wir haben davon Abstand genommen, um allen Parteien volle Zeit zur Wahlagitiation zu geben. (Bewegung.)

Das Staatsministerium ist also der Meinung, daß die Landtagsession wegen der Wahlagitiation abgekürzt werden muß. Eine Wahlagitiation aber würde die Abgeordneten in dieser Session nicht stören, wenn die Wahlen erst im Herbst vorgenommen werden sollten. Aus der Bemerkung des Landwirtschaftsministers geht also, so sagt die Freisinnige Zeitung, deutlich hervor, daß nach der Absicht des Staatsministers die Reichstagswahlen, vielleicht auch die Landtagswahlen schon in der ersten Hälfte dieses Jahres vor sich gehen sollen. Eben deshalb soll die Landtagsession nicht, wie gewöhnlich, bis in den Juni oder Juli hinein ausgedehnt werden.

Man kann Herrn von Hammerstein-Logten für die Offenherzigkeit, womit er einen Fingerzeig über die Wahlterminie giebt, nur danken.

Dieses infant terrible des preussischen Kabinetts hat auch durch seine, nicht zum erstenmal, ausgesprochene Beurteilung der

Er war aufgestanden.

„Ich überlasse Dich Deinen Zukunftsträumen; ich muß mich mit Bewegung machen,“ sagte er, drückte dem Bruder die Hand und setzte in herzlichem Tone hinzu: „Und jetzt bist Du ja reich, mein kleiner Hans. Es ist mir wahrhaftig lieb, daß ich Dich heute abend noch allein getroffen habe, und Dir sagen kann, wie herzlich ich mich für Dich freue, wie ich Dir dazu gratuliere und wie gut ich Dir bin, Bruderherz.“

Hans, dessen weiche, zärtliche Natur von diesen Worten ganz ergriffen war, stammelte: „Hab' Dank, hab' Dank... mein guter Peter... hab' Dank!“

Darauf schlug Peter den Weg nach der Stadt ein, langsam gehend wie zuvor, die Hände auf dem Rücken, den Stock unterm Arm.

Als er die ersten Häuser erreicht hatte, fragte er sich abermals, was er nun beginnen solle, und war höchlichst unzufrieden, daß er seinen Spaziergang abgekürzt, und daß die Gegenwart seines Bruders ihn um den richtigen Genuß des Meeres gebracht hatte.

Endlich hatte er einen Einfall: „Ich will bei Väterschen Marowski ein Schnäpschen trinken.“

Mit diesem schönen Entschluß stieg er nach dem hochgelegenen Quartier d'Ingouville hinauf.

Väterschen Marowski war eine Bekanntschaft aus den Pariser Spitalern. Er war ein Pole und, wie es hieß, ein politischer Flüchtling, der in fürchterliche Geschichten verwickelt gewesen und der nun in Frankreich, nachdem er die dort vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hatte, sein Gewerbe als Apotheker betrieb.

Daß der Mann im Geruch eines gefährlichen Verbrechens, eines Missethats und Königsmörders stand, hatte Peter Noland's feurige Einbildungskraft gefesselt und er hatte

1892 inaugurierten Handelspolitik und durch die frohe Wolschast, daß die neuen Handelsverträge auf den Leib der Brotwucherer, der Lebensmittelvertreuer durch die Erhöhung der Schutz-zölle zugeschnitten werden sollten, den Beifall der Agrarier wohl verdient. Das ist ein Stück von der Miquelschen Theorie der „Sammlung“.

Gocholl ist die Lösung, die Wähler mögen sich versehen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 29. Januar. Es ist 1 Uhr 20 Minuten. Herr von Buol sitzt seit einigen Augenblicken auf dem Präsidentenstuhl, neben ihm die vier Schriftführer. Er erhebt sich und greift zur Glocke. Aber er stellt sie wieder hin, denn es ist niemand im Saale, als der Abgeordnete Singer. Die elektrischen Klingeln läuten wie rasend im ganzen Hause, um die Abgeordneten in den Sitzungssaal zu rufen. Fünf Minuten vergehen. Der Präsident erhebt sich wieder und greift zur Glocke. Aber er stellt sie wieder hin, denn es ist niemand im Saale, als der Abgeordnete Singer — nein, auch der Abgeordnete Dr. Hammacher hat sich eingefunden. Und wieder vergehen fünf Minuten. Inzwischen kommt ein Mitglied und nun noch eins, allmählich werden es sieben, und jetzt erhebt sich der Präsident zum drittenmal. Diesmal läutet er wirklich und eröffnet die Sitzung.

Man war also ganz im Kleinen geblieben und blieb es auch. Mehr wie höchstens vierzig Abgeordnete nahmen an den Verhandlungen teil. Aber die Debatten waren sehr lebhaft. Wieder war es der Staatssekretär des Innern und seine Räte, die die Kosten zu tragen hatten. Unsere Genossen ergriffen von neuem die Offensive. An die Erörterung der Unfallversicherung und der Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes knüpften sich die Angriffe unserer Redner. In seiner ruhigen und bestimmten Art unterzog unser Versicherungstechniker Mollenbuhr die reitenschwämerde Thätigkeit der Berufsgenossenschaft an der Hand der amtlichen Statistik einer scharfen Kritik. Darob natürlich große Entrüstung am Regierungstisch und auf der ganzen Linie der unternehmerfreundlichen Parteien.

Der Direktor im Reichsamt des Innern, Herr Woedlke, nahm die Unternehmung gegen die angeblichen Beleidigungen in Schutz. Und er war der berufene Mann dazu. Denn wie Vebel später aus dem Protokoll einer Verhandlung des Centralverbandes deutscher Industrieller nachwies, hat dieser hohe Beamte es dort „geradezu“ als einen „Genuß“ bezeichnet, „an ihrer (der Kapitalisten) Hand die Thatfachen lernen zu lernen, die für unsere (der Regierung) Stellungnahme entscheidend sind“.

Außer dem unvermeidlichen Stumm sang Hammacher das hohe Lied vom deutschen Unternehmer, dem arbeitserfreundlichsten der Welt, und diesen Chor mischte sich auch der Freisinnige Fischbeck ein.

Von unserer Seite antwortete außer Mollenbuhr Singer und Vebel.

Schon in seiner ersten Rede hatte Mollenbuhr die ministerielle Empfehlung gebührend gekennzeichnet, die die Hülfs-schen Schmähschriften über die Sozialdemokraten in den Krankenanstalten der Berufsgenossenschaften einführen will. Herr Vebel, der neue Direktor des Reichsversicherungsamtes, ähnelte in dem einen Punkte seinem Vorgänger, dem Dr. Woedlke, daß er zu den Reichstagsverhandlungen nicht erscheint, bei denen seine Anwesenheit dringend erforderlich ist. Nur daß Dr. Woedlke nicht freiwillig fortblieb. Er konnte also heute nicht Rede und Antwort stehen. Auch Herr Woedlke schweig über den Erlass, und erst als Singer sehr unverblümt auf die eigentliche Quelle der Empfehlung hinwies, präsentierte sich Graf Posadowsky und zwar als „Kugelfang“. Bei so antiquierten „Kugelfängen“ pflegen die Angeln aber durchzuschlagen; das schien selbst Herr v. Buol zu denken, denn er suchte durch ungebührliche Unterbrechung Singer in seiner Kritik des persönlichen Regiments zu stören.

Die Statberatung wird am Montag fortgesetzt.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 29. Januar. Auch heute hielten sich die Agrarier im Abgeordnetenhaus bei der Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftlichen Etats mit ihren Wünschen in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen. Ja, sie ließen sogar durch Vater Ploeg mitteilen, daß ihnen an dem Wortlaut des Entwurfs Kanis, der übrigens in dieser Session nicht wieder eingebracht werden soll, wenig gelegen ist und daß es ihnen

sich mit dem alten Polen befreundet, ohne jedoch irgend welche Aufschlüsse über dessen geheimnisvolle Vergangenheit zu erhalten.

Dem jungen Arzt zu Ehren hatte sich dann der wackere Apotheker in Havre niedergelassen, wo er durch die Praxis Dr. Noland's zu einer bedeutenden Kundschaft zu gelangen hoffte, einstweilen aber in seinem bescheidenen Lädchen ein kümmerliches Dasein führte und an Handwerker und Arbeiter seiner Nachbarschaft Arzneimittel verkaufte.

Peter ging nicht selten nach Tisch hin und verplauderte ein Stündchen mit ihm, denn das kluge, friedliche Gesicht des Alten war ihm sympathisch und in den fargen Worten, die derselbe ins Gespräch warf, fand er Gott weiß welche Tiefe.

Eine einzige Gasflamme brannte über dem mit Arzeneiflaschen bedeckten Lendentisch, der übrige Raum war aus Sparfamkeit nicht beleuchtet.

Hinter dem Tisch, die Beine lang ausgestreckt, saß ein alter Mann mit kahlem Haupt und einer mächtigen Aldernase, die seine hohe Stirne ins Unendliche verlängerte und ihm eine wehmütige Papageienähnlichkeit verlieh. Das Kinn auf die Brust gelehnt, war er fest eingeschlafen.

Wenn Bimmel der Ladenglocke erwachte er, fuhr auf, und den Doktor erkennend, eilte er ihm mit ausgestreckten Händen entgegen.

Sein ursprünglich schwarzer Rock, den allerhand Säure- und Sirupflecken tigerten und der um den schwächlichen, kleinen Körper schlotterte, hatte ganz das Aussehen eines alten Priestergewandes. Der Mann sprach mit stark polnischem Accent, was seinem weichen, dünnen Stimmchen etwas Rindliches verlieh, man glaubte, die ersten laßenden Sprechversuche eines kleinen Geschöpfes zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

nur darauf ankommt, höhere Getreidepreise zu erzielen. Ohne Zweifel handelt es sich hierbei um ein abgekartetes Spiel. Der Landwirtschaftsminister wird bei den neuen Handelsverträgen alle Wünsche der Agrarier erfüllen, wofür diese auf den Antrag Kanis, den der Minister mehr als einmal für undurchführbar erklärt hat, verzichten wollen. Den Schaden hat in jedem Falle das Volk zu tragen, das den Friedensschluß der Agrarier mit der Regierung mit höheren Brotpreisen bezahlen muß.

Den übrigen agrarischen Gelüsten wagt Herr v. Hammerstein keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Vor wenigen Tagen hat bereits die preussische Regierung beim Bundesrat beantragt, die Zurückweisung aller in den Quarantaineanstalten auf Tuberkulimpfung reagierender Tiere zu beschließen, den Schlachtzwang aller übrigen in den öffentlichen Schlachthäusern einzuführen und die Einfuhr auf dem Landwege über Schwidung auf magere Ochsen im Alter von nicht mehr als 4 Jahren zu beschränken. Billiger wird das Fleisch durch diese Maßnahmen nicht werden.

Aus der Debatte ist besonders bemerkenswert die Rede des Abg. v. Szynka (Centr.), der sich noch präciser als gestern sein Fraktionsgenosse Herr v. Cyprien für die Beschränkung der Schulzeit auf das 13. Lebensjahr „im Interesse der ländlichen Arbeit“ erklärte und sich eingehend über die ländliche Arbeiterfrage verbreitete. Als Radikalmittel zur Befreiung der Arbeiter- not empfahl er die Verwendung von Nullis und Schwarzgen für die Arbeit auf dem Lande, da das, was den reichen Pflebern erlaubt sei, den armen Kollektenden nicht verboten werden dürfte. Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Geistesranke Soldaten.

Im Hinblick auf die jetzt zur Beratung stehende Militärstrafprozeßordnung ist eine Studie über die Beobachtung von Militärpersonen in öffentlichen Irrenheilanstalten von Interesse, die Sanitätsrat Dr. Schröder, der Direktor der Provinzialanstalt Eichberg, im neuesten Heft der Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie veröffentlicht.

Sie zeigt, wie dringlich eine Neuordnung der Bestimmungen ist, die für zweifelhaft geistesranke bei Soldaten gelten. Dr. Schröder's Auslassungen beziehen sich im wesentlichen auf die Mannschaften. Er weist zunächst auf die „Er-fahrungsthatfache“ hin, daß „zahlreiche Persönlichkeiten in Militär eingestuft zu werden pflegen, die an angeborener Geisteschwäche leiden“.

Es handelt sich um sogenannte Imbecille (Blöde) und geistig minderwertige junge Leute. Sie passieren die Aushebung und die Einstellung, ohne daß ihr geistiger Mangel bemerkt wird. Das erklärt sich daraus, daß die ärztlichen Geschäfte bei der Aushebung und auch bei der Einstellung sich so häufen und drängen, daß eine eingehendere Beachtung der psychischen Verfassung des einzelnen gar nicht möglich ist. Bei der Einstellung werden Personen mit angeborener Geisteschwäche nach Dr. Schröder auch dann übersehen, „wenn der eine oder andere Militärarzt keine genügende Kenntnis und Erfahrung auf dem Gebiete der Geisteskrankheit zu erwerben vermochte“. Dr. Schröder weist damit auf einen schon wiederholt geäußerten Schaden in der militärärztlichen Ausbildung hin. Die Militärmedizinal-Verwaltung sorgt sehr ausgiebig durch Fortbildungskurse und Abordnung an Kliniken für die Ausbildung der Militärärzte in der Chirurgie, der inneren Medizin und der Hygiene. Geringer hat der Sanitätskollektive in der Regel keine Gelegenheit, mehr Kenntnis in der Irrenheilkunde zu erwerben, als er von der Unterfamilie mitgebracht hat. Wie ergeht es aber beim Militär den geistig minderwertigen, deren Beobachten übersehen wurde? Dr. Schröder sagt darüber:

Manche so geartete Persönlichkeiten verlassen rasch, wenn sie einmal erst ins Militär eingestuft sind, in den für sie ungewohnten Lebensverhältnissen und gegenüber der Bieleitigkeit der an sie gestellten neuen Anforderungen, die wenigstens einige geistige Bewußtheit bedingen. Sie werden auf diese Weise zuweilen auch zum Gegenstand von Mißhandlungen ihrer nächsten Vorgesetzten, weil diese etwas mit ihnen erreichen wollen, aber natürlicherweise kein Verständnis für die geistige Insuffizienz solcher Leute haben können. Andererseits begehen solche Schwachsinrige, deren innerstes Wesen nicht alsbald erkennbar wird, gar häufig allerhand Verfehrtheiten. Und das zuweilen unter dem Scheine des Heimwehs. Ja es kann aus solchen Veranlassungen hier sogar zur Desertation kommen. Sehr oft kommt es aber leider bei andauernder Mißstimmung über eine vermeintlich andauernd ungerichte Behandlung, die solche Leute durch ihre Vorgesetzten zu erfahren meinen, und im Gefühl der geistigen Befangenheit und Unscholtheit zum Selbstmord. Mehrfach haben gerade solche Menschen, gemüthlich zuvor, auch sonst noch schwer leiden müssen, weil sie für Simulanten gehalten wurden.

Sicher ließe sich die erschröckend hohe Zahl der Selbstmorde im Heere herabdrücken, wenn junge Leute mit angeborener Geisteschwäche, die als geistesgesund eingestuft wurden, so schnell, wie es nur geht, vom Militär wieder nach Hause geschickt werden. Als zweite Gruppe kommen für die irrenärztliche Beobachtung die Soldaten in Betracht, die während der Dienstzeit akut geistig erkranken. Auch bei diesen ist die Erkennung der geistigen Störung oft sehr erschwert. Dies hat seinen Grund darin, daß bei akut geistig erkrankten Soldaten die Krankheits-erscheinungen sich nicht so deutlich ausprägen, wie man sie sonst zu beobachten pflegt. Die strenge Disziplin beim Militär, so erklärt Dr. Schröder diese Thatfache, zwingt den einzelnen zu stärkerer Selbstbeherrschung. Und das wird auch dort wirksam, wo es sich um die Niederhaltung krankhafter Empfindungen oder Vorstellungen handelt. „Die straffe militärische Disziplin ist im Stande, bei sich frisch entwickelnden Krankheitsformen beginnende psychische Erkrankung länger, als es für den Psychiater erwünscht ist, zurückzuhalten oder vielmehr zu verdecken.“ Auch diese Leute haben unter dem unbedingtesten Verdachte der Simulation zu leiden.

Schließlich erinnert Dr. Schröder noch an die Soldaten, die an einer erworbenen Geisteskrankheit leiden, ohne bis dahin für wirklich geisteskrank gehalten zu werden. Es handelt sich dabei um Erkrankungen, die nur in großen Zwischenräumen deutliche Erscheinungen zu erkennen geben und die darum lange unmerklich bleiben. Dr. Schröder belegt seine Ausführungen mit Beispielen aus seiner Erfahrung. Er zeigt, daß Handlungen, die zu schweren Strafen Anlaß gaben, nur eine Folge geistiger Erkrankung waren.

Schröder's Mahnung lautet: Man bringe einen Soldaten, dessen Geisteszustand zu Zweifeln Anlaß giebt, so schnell wie möglich in eine öffentliche Heilanstalt! Es muß aber auch daran gedacht werden, daß Vorkehrungen zu treffen sind, die die frühzeitige Erkennung geistiger Erkrankung bei dem einzelnen Soldaten ermöglichen. Dazu gehörte die Bestimmung, daß Rückfällige einem psychiatrisch geschulten Arzte vorzuführen sind.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.
Bei der Frau Hedwig Maria Emma Vodel in Pankow erschien eines Tages ein Gerichtsvollzieher, um eine Zwangsvollstreckung vorzunehmen. Frau Vodel hielt die Pfändung aus irgend einem Grunde für unbedeutend und schimpfte, als dieser seines Amtes gewalttätig habe — hinter dem Gerichtsvollzieher her. Einige freundliche Nachbarinnen ermahnten sie, das zu unterlassen, weil der Gerichtsvollzieher ein königlicher Beamter sei, aber gerade dieser letztere Hinweis reizte die ohnehin hochgradig erregte Frau zu einer Mißhandlung, die ebensowohl eine schwere Beleidigung des Kaisers wie auch des Gerichtsvollziehers enthielt. Sie wurde vom Berliner Landgerichte II unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt.

In Kottbus wurde am 25. d. M. der Kellner Paul Sch. wegen einer auf der Verpflegungstation zu Peitz begangenen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sinesisches.

Zur chinesischen Anleihefrage
melden die Times aus Peking: Die Verhandlungen über die Anleihe werden fortgesetzt. China sieht den von England gestellten Bedingungen mit zunehmendem Wohlwollen gegenüber und wird dieselben annehmen, vorausgesetzt, daß England fest bleibt. Die Fällung des französischen Geschäftsträgers hat sich plötzlich geändert; er scheint nicht mehr geneigt, die drohende Sprache des russischen Geschäftsträgers zu unterstützen. — Dem Daily Telegraph zufolge ist man in der Londoner City der Ansicht, daß die Abmachungen zwischen China und England in betreff der Anleihe nicht weit von ihrem Abschluß entfernt sind.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking hat der Tsungli-Damen ein Kompromiß zwischen England und Rußland vorgeschlagen, dahin, daß jede der beiden Mächte die Hälfte der Anleihe hergibt, je zu ihren eigenen finanziellen Bedingungen, während die nichtfinanziellen Bedingungen zwischen England und Rußland selbst festgestellt werden könnten. Die Times fügen dieses Telegramm ihres Korrespondenten eine nachschiebend „inspirierten“ Kommentar hinzu. Sie halten den Anleihevorschlag Chinas für inopportun, glauben aber, England würde nicht auf der Defnung Talienwans bestehen, wenn Port Arthur freigegeben würde. England liege vor allem daran, die Flüsse dem Dampfschiffsverkehr zu öffnen.

England scheint indes auch von dieser Forderung noch abgesehen zu haben. Nach einer dem V. T. zugegangenen Privatmeldung ist bereits ein Uebereinkommen zwischen England und Rußland erzielt. England verzichtet auf die Defnung Talienwans als Vertragshafen und Rußland zieht seinen Widerspruch gegen die englische Kontrolle der Seezölle zurück. Auf dieser Grundlage dürfte die englisch-sinesische Anleihe nunmehr abgeschlossen werden.

Das offiziöse russische Blatt, die Nowosti, tritt den „beunruhigenden Gerüchten“ bezüglich einer Trübung der englisch-russischen Beziehungen wegen Chinas entgegen und sagt, das beste Dementi dieser Gerüchte sei die Rede, die Lord Hamilton kürzlich in Chiswick gehalten hat. Anknüpfend an die Rede des englischen Schatzkanzlers Hicks Beach in Bristol über die Opfer, die England zur Wahrung seines Handels mit China bringen müßte, bemerkte die Nowosti, weder Rußland noch Deutschland dächten an einen Feldzug gegen diesen Handel. Das Blatt hebt die Maßnahmen hervor, die Frankreich zur Verhütung englisch-russischer Mißverständnisse getroffen habe, und schreibt: „Angesichts alles dessen glauben wir, daß von der Lage der Dinge im äußersten asiatischen Orient keine ernstlichen Verwickelungen zu befürchten sind.“

Neues aus Kiautschau.

Aus Marseille wird von gestern gemeldet: Die mit dem letzten Postdampfer hier eingetroffenen Zeitungen aus Tsungting melden, daß der deutsche Dampfer Dongmoon, Kapitän Schulz, von der Chinesischen Küstenfahrts-Gesellschaft am 24. November in Kiautschau mit Depeschen für das deutsche Geschwader sowie Borräten für die Schiffe und die Truppen angekommen sei. „Der Dampfer“, melden diese Blätter weiter, „sah dort alles vollkommen ruhig. Zwischen Deutschen und Chinesen herrschte die aufrichtigste Harmonie. Die deutschen Offiziere machten mit schwachen Patrouillen mehrere Streifzüge ins Innere des Landes; sie wurden überall aufs beste von der Bevölkerung aufgenommen, der sie anempfohlen, sich nicht zu beunruhigen und die Versicherung gaben, daß sie nichts zu befürchten hätte, so lange sie sich freundlich gegen die Besucher verhielte.“

Eine Ente.

Die aus Shanghai stammende Sensationsnachricht über das Schicksal einer deutschen Patrouille in Kiautschau ist erfunden. Nur der Matrose Schulze ist ermordet worden.

Die Defnungen der türkischen Meerengen für russische Schiffe

ist allem Anschein nach jetzt von der russischen Regierung „mit Rücksicht auf die Entwicklung der Dinge in Ostasien“ durchgesetzt worden. Die Bforte soll, wie verlautet, der russischen Regierung die Durchfahrt für Kriegsschiffe jeder Größe gestattet haben, so daß dieser Tage russische Panzerkreuzer erster Klasse den Bosporus und die Dardanellen passieren sollen, unter der einzigen Bedingung, daß die Schiffe innerhalb der Wasserstraße nicht anhalten.

Die betriebsamen Bewerber.

Die Nordb. Allg. Zig. schreibt: Beim Auswärtigen Amte gehen fortgesetzt in großer Zahl Gesuche von Personen ein, die nach dem deutschen Gebiet an der Kiautschau-Nacht überzuziehen wünschen und um Auskunft über die dortigen Verhältnisse für die Eröffnung eines Geschäftes oder den Betrieb eines Gewerbes oder auch um Anstellung in der Verwaltung des Gebietes bitten. Die Ordnung der Verhältnisse der neuen Besitzung ist zur Zeit noch nicht soweit vorgeschritten, daß eine Antwort auf dergleichen Gesuche erteilt werden könnte. Alle bezüglichen Eingaben sind daher verfrüht.

* Berlin, 31. Januar. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1897 hat sich folgendermaßen gestaltet. (Die Werte sind noch nach den für das Jahr 1898 festgestellten Einheitswerten berechn.) Wert der Einfuhr für das Jahr 1897 in 1000 Mt.: 4832891 gegen 4557951 im Jahre 1896 und 4246111 im Jahre 1895, daher mehr 274940 und 586780, wovon unter Edelmetalle 186309 gegen 250788 und 125442. Wert der Ausfuhr für das Jahr 1897 in 1000 Mt.: 3808181 gegen 3753822 im Jahre 1896 und 3424076 im Jahre 1895, daher mehr 54309 und 384055, wovon unter Edelmetalle 155182 gegen 228692 und 106176,

librige Artikel 3652949 gegen 3525180 und 3317900 in den Vorjahren. Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwert von: Baumwolle und Baumwollenwaren, Droguerie- u. Waren, Eisen, Häuten und Fellen, Holz, Instrumenten, Maschinen, Kupfer, Leder, Material- u. Waren, Zol, Erdöl, Seide, Kohlen, Tieren und tierischen Erzeugnissen, Vieh, Abfällen, während die Werte von Erden, Edelmetallen u., Flach, Wolle und Wollenwaren gefallen sind.

Gestiegen ist hauptsächlich der Ausfuhrwert von: Baumwollenwaren, Droguerie- u. Waren, Getreide, Häuten und Fellen, Holz, Instrumenten, Maschinen u., Leder und Lederwaren, Material- u. Waren — hauptsächlich wegen Zunahme der Rückerausfuhr — und Kohlen, während die Ausfuhrwerte für Eisen und Eisenwaren, Erden, Erze, Erdmetalle, Seide und Seidenwaren, Meider und Leibwäsche u., Wolle und Wollenwaren gefallen sind.

Die Ergebnisse der Getreide- und Mehl-Ein- und Ausfuhr stellen sich wie folgt: In den Zolllagern waren am Jahreschlusse:

Weizen 186171 Tonnen, wovon 9636 Inlandsweizen, Roggen 40744 „ 5421 Inlandsroggen.

Durch Anrechnung von Einfuhrscheinen wurden 1897 beglichen 10900011 Mt.

Bei dieser Zunahme der Ein- und Ausfuhr ist nicht außer acht zu lassen, daß seit 1897 die Berechnung auf inländische Rechnung in den veröffentlichten Mengen und Werten enthalten ist, während früher von diesem Betrag nur der Mühlen- und Mälzereilagerverkehr mit Getreide und Delfämereien berücksichtigt wurde.

Dem Reichstage sind die Gesetzentwürfe, betr. Änderungen der Konkursordnung, und eines dazu gehörigen Einführungs-gesetzes zugegangen.

Das preussische Herrenhaus tritt am 15. Februar zusammen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Antrages des Herzogs von Ratibor in betreff der Bereitstellung von Mitteln zur dauernden Verbesserung der Hochwasserabflußverhältnisse besonders gefährdeter Privatflüsse der Provinzen Schlesien und Brandenburg.

Im Reichstage haben die nationalliberalen Abgeordneten Münch-Ferber und Genossen einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Zolltarifs eingebracht, der für ganz-seidene, glatte, gekörperte und brodierte Rohgewebe einen Zollfuß von 300 Mark für 100 Kilogramm vorsieht.

Am Reichstagswahlrecht wird der konservative Parteitag in Dresden nach dem einstimmigen Beschlusse des Elferausschusses keine Stellung nehmen. Der Ausschuß „meint“, eine erneute Erklärung zu Gunsten des Reichstagswahlrechts würde doch die überwollenden Unterstellungen der Gegner ebensowenig verhindern, wie dies frühere Erklärungen der Parteileitung vermocht hätten. Als ob man nicht wüßte, wie die Junter zum Wahlrecht stehen!

Der Köln. Volksztg. zufolge ist aus dem Kultusministerium „im Auftrage des Reichs“ an sämtliche königliche Regierungen unterm 17. Januar folgender Circular-Erlass ergangen:

Die königl. Regierung veranlasse ich, so schnell wie möglich die Höhe der von den katholischen (nicht altkatholischen) Einwohnern des hiesigen Bezirkes auszubringenden Staats-Einkommensteuer unter Zugrundelegung der Veranlagung für 1. April 1897/98 festzustellen und mir in einer Summe anzuzeigen. Von einer Rückfrage bei den katholischen Geistlichen oder Gemeindeorganen ist abzuweichen. Es kommt mir nicht darauf an, zu erfahren, welche Steuerbeträge auf die einzelnen katholischen Kirchengemeinden fallen, sondern nur darauf, den Gesamtbetrag der von den Katholiken zu zahlenden Staats-Einkommensteuer festzustellen.

Das Centrumsblatt vermutet, daß diese Erhebungen der Regierung Material gegenüber den „Paritäts“-Beschwerden des Centrums verschaffen sollen.

Das Centrum beabsichtigt, wie die Münchener Allgem. Zig. berichtet, eine Reihe Abänderungsanträge zur Militär-Strafprozessordnung einzubringen, durch die das Verhältnis des Reichs-Militärgerichtshofes und eines obersten bayerischen Militärgerichtshofes geregelt werden soll.

Nach einer Meldung aus Kiel plant die preussische Regierung den Bau eines Hafens für Hochseefischereischiffe an der schleswig-holsteinischen Küste der Nordsee, voraussichtlich in Husum.

Ein Erbprinz als Gründer. Das Südd. Post- und Handelsblatt macht die Mitteilung, daß zu den Hauptmachern der erst kürzlich gegründeten Bayerischen Bank der Sohn des deutschen Reichskanzlers, Erbprinz von Hohenlohe-Schillingsfürst, gehöre. Das Blatt führt aus, daß die Söhne deutscher Fürstenthümer ohne Genehmigung des Seniors der Familie derartige Schritte nicht unternehmen dürfen. Da dies dennoch geschehen, so müsse dieser Schritt mit vollem Wissen und Einverständnis der „hohen und allerhöchsten amtlichen Stellen“ in Berlin erfolgt sein. Da weiter das Vermögen der Hohenlohe an der Spitze der deutschen fürstlichen Vermögen stehe, sei anzunehmen, daß nicht „die von gemeinen Sterblichen gewohnte Erwerbslust“ dazu führe, und so bleibe eben bloß die eine Lösung: ein ganz besonderes Interesse, das sich vorderhand noch der allgemeinen Kenntnis entzieht, veranlasse die verschiedenen vorhin angezogenen Seiten, dem Sohne des Verwandten des deutschen Kaisers, dem Erbprinzen von Hohenlohe-Schillingsfürst zu gestatten, dem neuen Unternehmen ein „gewisses Exterieur“ zu verleihen.

Ueber die drei Landräte, die im Hildesheimer Wahlkreis agrarische Agitation gegen die Nationalliberalen getrieben haben, hat sich die nationalliberale Presse stark aufgeregt.

Hierzu wird der Germania aus Osnabrück geschrieben: Früher war das anders. Der Landrat eines Nachbarkreises trat in öffentlicher Wahlversammlung zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten ein und eröffnete den freisinnigen Gegnern des Septennats dabei die angenehme Aussicht, daß sie in Zukunft für ihre Haltung „bei den Weinen aufgehängt“ werden könnten.

In einem anderen Kreise benutzte ein Landrat die Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins, um als Protestant den Katholiken zu beweisen, daß die Unterstützung des Nationalliberalen eine Pflicht sei gegen Papst und Kaiser. In wieder einem anderen Kreise verbot der Landrat vertretende Regierungsdirektor dem Kreisblatte die Aufnahme eines Inserates zu Gunsten des Centrumslandkandidaten. Alle diese Fälle sind öffentlich in der Presse behandelt — die nationalliberale Partei aber hatte für diese Vorfälle kein Wort des Tadel, ebenso wenig für die ihr zu gute kommende Wahltyrannei der Großindustrie, ja wir wären in der Lage, nachzuweisen zu können, daß gewisse nationalliberale Wahlkomitees eine Beeinflussung der Wahl durch die Herren Landräte selbst wünschen und herbeizuführen suchen, indem sie ihnen (ebenso wie den Vorständen der angeblich nichtpolitischen Kreisvereine)

ganze Bündel nationalliberaler Stimmzettel, Flugchriften u. vor der Wahl übersenden, die doch jedenfalls nicht für den persönlichen Gebrauch dieser Herren bestimmt sein werden.

Eine Belohnung von 2 Mark ist einem preussischen Lokomotivführer für die Verhütung eines drohenden Eisenbahnunglücks zu teil geworden. Der Lokomotivführer Gotang befürderte am 13. Dezember v. J. einen Güterzug von Falkenberg nach Leipzig. Zwischen den Stationen Torgau und Mockerna bemerkte er, auf der Heizerseite stehend, einen Schienenbruch. Schnell entschlossen warf er der mehrere Hundert Meter weiter arbeitenden Stoffkolonne einen Zettel mit seiner Warnung zu, worauf der gefährdete Zug gestillt und die schadhafte Schiene ausgewechselt wurde. Diese Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, die ein Unglück glücklich abwandte, ist der Deutsch. Eisenb.-Ztg. zufolge jetzt mit 2 Mark belohnt worden.

Dazu schreibt die Deutsche Tageszeitung:

Wir haben bisher von der Wiedergabe der Mitteilung abgesehen, weil wir der Uebersetzung waren, daß eine Nichtigstellung sofort erfolgen werde. Da dies aber bis jetzt nicht geschehen ist, müssen wir zu unserem Bedauern annehmen, daß dem Lokomotivführer tatsächlich diese königliche Belohnung zu teil geworden ist.

Königsberg i. Pr., 30. Januar. Hier sind, wie das Berl. Tageblatt wissen will, Gerüchte im Umlauf, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, Gerüchte, die sich auf ein Duell zwischen dem Oberpräsidenten Graf Wilhelm von Bismarck und dem Oberpräsidialrat Dr. Maubach beziehen. Das Duell, bei dem der Oberpräsidialrat Dr. Maubach verwundet worden sei, soll seine Ursache in persönlichen Zwistigkeiten gehabt haben, die auch die Veranlassung zu der Veretzung des Oberpräsidialrats nach Berlin gewesen wären.

Hamburg, 29. Januar. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Berliner Studenten der Philosophie Gruschwitz zu 100 Mt. Geldstrafe, weil er im Hamburger Generalanzeiger behauptet hatte, daß Cuzhafener Polizeibeamte auf einen der Spionage verdächtigen und observierten Schüler der Pariser Kriegsschule St. Cyr mit Hunden gehebt hätten. Der verantwortliche Redakteur Wehrden vom Generalanzeiger für Hamburg-Altona erhielt 200 Mt. Geldstrafe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

+ **Aus der Pfalz, 30. Januar.** Bei der gestern vorgenommenen Stichwahl im Wahlkreise Pomburg-Kusel haben nach dem bis jetzt bekannten Ergebnisse Schmitt (agrarischer Nationalliberaler) 8291 und Lude (Bündler) 6755 Stimmen erhalten. Aus 19 Orten fehlt noch das Resultat, doch dürfte das an dem Endergebnisse nicht viel ändern. Schmitt wird jedenfalls eine Mehrheit von etwa 1000 Stimmen über Lude erhalten.

Die Wahlbeteiligung ist diesmal bedeutend stärker gewesen, und es tritt das eide auffallende Ergebnis zu Tage, daß die erste Wahl überwiegend für Lude gestimmt hatten, diesmal Schmitt gewählt haben. Das Centrum und die Handwerker scheinen ziemlich geschlossen für Lude gestimmt zu haben.

Mit Ach und Krach haben die Nationalliberalen den Wahlkreis also noch einmal erobert, allerdings unter Preisgabe aller Parteigrundsätze. Ein wackelhafter Nationalliberaler wäre zweifellos glänzend durchgefallen.

Aber auch jetzt braucht die nationalliberale Partei auf diesen Wahlsieg nicht stolz zu sein. Schmitt hat sich wohl verpflichtet, der nationalliberalen Fraktion beizutreten, im übrigen wird er aber wohl mit den Agrariern durch die Ditt und Dinn gehen. Denn er ist ja auch „Bündler“, nur nicht so raffiné wie Lude. Aber das wird ihm in Berlin von den Herren Blüh und Konforten schon beigebracht werden.

Welche Folgen dieser Wahlausgang für die allgemeinen Wahlen hat, läßt sich noch nicht voraussagen, da die Einigkeit unter den Bündlern einigermaßen zerstört worden ist. Zweifellos ist aber ein Zusammengehen von Bündlern und Nationalliberalen bei den allgemeinen Wahlen durch diesen Wahlkrieg sehr erschwert worden.

Seine politische Nachrichten. Am Freitag hatte der Kaiser, wie der Reichsanzeiger nachträglich mitteilt, eine Besprechung mit dem Staatssekretär des Innern Grafen v. Pofadowsky. — Auch dieses Jahr wieder ließ Kaiser Wilhelm am Tobestage des österreichischen Kronprinzen Rudolf einen prachtvollen Kranz am Sarge niederlegen, dessen Schleifen die Widmung trugen: „Semper treuen Freunde, Kaiser Wilhelm II.“ Rudolf wurde samt seiner Geliebten, der Baroness Velsera, am 30. Januar 1889 erschlagen. — Wegen Zweikampfs verurteilte die Strafkammer in Frankfurt a/M die Rechtspraktikanten Ulmer und Ritter aus Speyer zu 8 1/2 bzw. 8 Monaten Festung. — Als schicktes Opfer der Eisenbahnkatastrophe von Herne ist der Kaufmann H. Pittsch aus Münster seinen Verletzungen erlegen. — Der Landeshauptmannschaft von Deutsch-Südwestafrika ist der seit einiger Zeit in der Kolonialabteilung beschäftigte Rechtsanwält Dr. Köhler zugeteilt worden. Er wird in nächster Zeit die Reise dorthin antreten. — Die Anruhen im Basuto-Lande, dem britischen Besitz in Südafrika, scheinen nach der endgültigen Besiegung des Hauptlings Mapupa durch den Oberhäuptling Krothodi beendet.

Oesterreich-Ungarn.

Deutschnationales.

Leitmeritz, 30. Jan. Gestern hat ein deutscher Akademikertag zu Gunsten der deutschen Hochschule in Prag demonstriert.

Die dort versammelten deutschen Studenten aus Prag haben beschlossen, wenn die Regierung bis Montag mittags punkt 12 Uhr das Verbot des Fortentragens nicht aufheben sollte, den Besuch der Vorlesungen zu sistieren. Wir glauben zwar, daß dieser allgemeine „Schwänzerei“ oft vorgekommen sein mag, ohne daß gerade ein feierlicher Beschluß vorangegangen ist, und daß es daher ziemlich verfehlt wäre, den jugendlichen Ueberschwang besonders kräftig zu nehmen.

Heute wurde ein deutscher Volkstag unter dem Vorsitz des Abg. Funke abgehalten; es nahmen daran zahlreiche Bürgermeister der umliegenden Städte und auch der Abg. Wolf teil.

Es wurde ein Beschlufsantrag angenommen, in dem von der Regierung die Gewährleistung vollen Schutzes für die ungeschränkte persönliche Freiheit sowie für die statutarisch festgestellten akademischen Rechte und Freiheiten der deutschen Hochschüler in Prag gefordert wird. Ferner wurde unter Hinweis auf die Angriffe, denen die deutschen Hochschüler in Prag von seiten der tschechischen Bevölkerung ausgesetzt seien und die eine Verletzung der deutschen Hochschulen in den Bereich des deutschen Sprachgebietes wohnens erforderlich machten, die Zustimmung zu den Beschlüssen des gestrigen Akademikertages ausgesprochen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Dazu zwei Beilagen.

Mein diesjähriger einmaliger

Inventur-Ausverkauf hat begonnen.

Die Preise sind ganz bedeutend ermässigt und gewähre ich bei Einkäufen von 5 Mk. an einen

Extra-Rabatt von 10%.

Nur kurze Zeit!

Nur kurze Zeit!

Waldowski's Mode-Bazar, Lindenau

Am Markt. Ecke Leipziger und Lindenstrasse. Am Markt.

1864

Achtung, Metallarbeiter!

Montag den 31. Januar abends 1/2 9 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau.

Tagesordnung: 1. Die Rechte der Arbeiter und die besitzende Klasse unter Berücksichtigung der Verhältnisse und Verhältnisse bei der Firma **Deister**, Strickmaschinenfabrik, sowie in der Metallwaren- und Karmaturenfabrik von **Blanke & Raft**, beide in L.-Plagwitz. 2. Reorganisation und Ausbau des Unterstützungsfonds und eventuell notwendige Neuwahlen. 3. Diskussion zu beiden Punkten. **Der Einberufer.**

Achtung, Tischler!

Dienstag den 1. Februar abends 7 Uhr

Oeffentliche Versammlung

in beiden Sälen der „Flora“, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: Stellungnahme zu unseren diesjährigen Forderungen.

Kollegen! Es ist dringende Pflicht, daß Ihr alle erscheint!

Die Tariffkommission der Tischler.

Sozialdemokr. Verein L.-Ostbezirk.

Donnerstag den 3. Februar abends 1/2 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Thüringer Hof zu Volkmarisdorf.

Tagesordnung: 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht in Theorie und Praxis. Referent: Stadtverordneter **Heinr. Lange**. 2. Wie betreiben wir am zweckmäßigsten Landagitation. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten (Beantwortung der zurückgestellten Frage, die Gründung einer Sängervereinigung betrifft). Unter Hinweis auf die wichtige Tagesordnung laden wir die Genossen und Genossinnen zu zahlreichem Besuch ein. **Der Vorstand.**

Achtung, Maurer!

Dienstag den 1. Februar abends 7 Uhr

Oeffentliche Maurer-Versammlung

im Saale des Felsenkellers, Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Bericht über die am 23. Januar stattgefundene Verhandlung mit den Vertretern vom Bauarbeitgeberverband. 2. Innere Berufsangelegenheiten. **Der Einberufer.**

Dr. Valentiner's

MALARIN

Patentiert (D. R.-P. 87897) u. Name geschützt besetzt schnell

Kopfschmerzen, Migräne, Influenza u. Nerven-erregungen, wie z. B. Herzklopfen u. Schlaflosigkeit.

Ohne jede schädliche Nebenwirkung!

Zu haben in den Apotheken.

Valentiner & Schwarz, Chemische Fabrik Leipzig-Plagwitz. 79021



Täglich frisch eintreffende

Tafelbutter

Pommerscher, Mecklenburg. und Märkischer Molkereibutter.

Das Feinste, was es darin giebt, wovon man sich durch einen Versuch zu überzeugen beliebe.

Zu haben in denjenigen **Butter-, Kolonialwaren-, Delikatessen- und Produktengeschäften**, wo Plakate mit der Schutzmarke „**Erdbere**“ anhängen. Die Butterstücke, wie auch die zum Einschlagen derselben verwendeten Pergamentpapiere sind mit nebenstehender Schutzmarke versehen; die Tonnen tragen dieselbe am oberen Rande. Die Lieferung erfolgt in Tonnen und Stücken nur an Wiederverkäufer durch

G. Michaelis, Leipzig
Buttergrosshandlung, Humboldtstrasse 2.
Telephon Amt I, 4519.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Schmidt in Leipzig.

500 Mark Belohnung!

Aus der Expedition der Leipziger Neuesten Nachrichten, Peterssteinweg 19, ist am Abende des 12. Januar d. J. zwischen 8 und 10 Uhr eine schwere, mit Eichenanstrich versehene, 40 cm lange und 15 cm hohe Kassetten mit annähernd 5000 Mark Silber- und Mittelgeld, zum Teil in Rollen verpackt, gestohlen worden. Am Thatorte hat man eine 14 cm große alte Aneipzange, sowie eine mit dem Holzgriffe zirka 30 cm lange Feile vorgefunden, deren Spitze abgebrochen ist. Beide Werkzeuge können an Amtsstelle, Harlortstraße 11, I., Zimmer 6, besichtigt werden. Die auf die Ermittlung der Diebe und die Wiedererlangung des gestohlenen Gutes ausgesetzte Belohnung ist von uns auf obige Summe erhöht worden. Alle sachdienlichen Wahrnehmungen wolle man sofort dem Herrn Untersuchungsrichter beim königl. Landgerichte, hier, oder der Kriminalabteilung des hiesigen Polizeiamtes mitteilen.

Leipzig, den 29. Januar 1898.

Edgar Herfurth & Co.

Verlag der Leipziger Neuesten Nachrichten.

Goldene Krone

L.-Connwitz.

Heute Montag den 31. Januar 1898

Grosser

Volks-Maskenball

in sämtlichen prachtvoll decorierten Räumen. 11 Uhr: Prämiierung der 3 schönsten Herren- u. Damenmasken. Eintritt für Herren 1 Mk., für Damen 75 Pf. Vorzugskarten an der Kasse 50 Pf. Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. (850) **C. Schulse.**



Eingetroffen:

Crostitzer Bockbier

versende, so lange der Vorrat reicht, 30 Flaschen für 3 Mark. Diverse andere Sorten nach Preisverant. (864)

Verhandlung **F. Goldberg**

Reudnitzstrasse 25 d.

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66. Konradstrasse 25.

Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, dänisch-irische, Bohl- und Zell-Dampfbäder, Einpackungen, Specialformen, anerkannt vorz. Massage. Damenzelt von 1—4 Uhr nachm. Schwimmbassin, kristallklares Wasser. Damenzelt: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2—1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/2 9—11 Uhr vorm. Bannbäder I. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. (8658)

Pinkau & Gehler

Photographisches Atelier

LEIPZIG, Turnerstrasse 11.

Aufnahmezeit Sonn- und Wochentags von 9 bis 4 Uhr.

PATENTE. Gebrauchsmuster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt.
Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Eine Protestkundgebung der sächsischen Konsumvereine gegen die Umsatzsteuer

Am Sonntag den 30. Januar im Elysium in Chemnitz statt. Die Versammlung war von gegen 1600 Personen, darunter 768 Vertretungsmitglieder von 163 Konsum- und Produktverteilungsvereinen, besucht.

Genosse Lorenz-Chemnitz eröffnete die Versammlung. Die Versammlung zeigte, daß die Konsumvereine gewillt sind, ihre Rechte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und gegen die Umsatzsteuer zu protestieren.

In das Bureau der Versammlung wurde Radestock-Pleschen, Niemann-Chemnitz und Landgraf-Burgstädt gewählt. Eingegangen war ein Telegramm von den Leitern der Großverkaufsgesellschaft Soppe, Schmidtschen und Scherling in Hamburg, sowie ein solches vom Osten und Fischer.

In 2 1/2 stündiger Rede berichtete Genosse Zell-Leipzig über den Stand der Umsatzsteuerfrage und die weiteren Maßnahmen dagegen. Nebener sagte: Werte Freunde, Zweck der Versammlung ist, Umschau zu halten über die Lage, wie sie durch die Umsatzsteuer für die Konsumvereine geschaffen ist. Für einen kleinen Teil der Konsumvereine ist am 1. Januar ein Regulativ geschaffen worden, das sie zur Zahlung der Umsatzsteuer verpflichtet, die wir seit zwei Jahren bekämpfen. Scheinbar sind wir unterlegen, aber wir haben noch nicht alle Mittel erschöpft. Es fehlt noch die letzten Mittel anzuwenden, um den Schlag abzuwehren. Es gilt deshalb Rückschau zu halten und zu prüfen, was nuncmehr geschehen soll. Die Umsatzsteuerfrage nahm ihren Anfang im Jahre 1895 durch eine Eingabe des Verbandes sächsischer Kaufleute und Gewerbetreibender an den sächsischen Landtag, in der sie die Besteuerung jeder Filiale und Geschäftsstelle im Detailhandel mit 3 Prozent vom Bruttoumsatz und die Festsetzung des Begriffes der Filiale und Geschäftsstelle verlangten, um eine Umgehung der Steuer unmöglich zu machen. Im Dezember 1895 ist diese Petition an die zweite Ständekammer abgegeben. Sie gab den Anstoß, die Erörterung der Umsatzsteuerfrage in die Wege zu leiten und daß sich die weitere Öffentlichkeit damit befaßt.

Die Herren Kaufleute hatten nicht schlecht vorgearbeitet. Durch ihr Organ, die Kolonialwaren-Zeitung, hatten sie ihre Kollegen über die Frage unterrichtet, viele Kreise für sich gewonnen, die in Mittelstandsposition machten, eine Anzahl Beamte für sich beeinflusst und so für ihre Anschauung Grund und Boden gefunden. Im Landtag stellte ihr Freund Bürgermeister Rügner-Moschwein den Antrag, daß die Regierung noch dem damaligen Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen solle, wonach eine an die Gemeinden zu entrichtende Umsatzsteuer von 3 Prozent von Konsumvereinen und deren Filialen erhoben werden solle. Am 30. Januar 1896 wurde dieser Antrag und die Petition beraten und der Bescheid: der Reichstagsdeputation übergeben. Mit diesem Antrag war für die Konsumvereine das Zeichen gegeben, Front zu machen.

Im März 1896 fand dann in Leipzig eine Versammlung der Konsumvereine statt, in der Protest erhoben wurde gegen die geplante Umsatzsteuer. Wir pochten auf unser gutes Recht, wir waren der Ansicht, daß die Umsatzsteuer mit der Bundesstaats- und Reichsgesetzgebung nicht in Einklang zu bringen sei; wir bauten fest darauf, daß die Regierung das Ansehen der Kaufleute zurückweisen werde. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß von den Konsumvereinen damals die Frage nicht so ernst genommen wurde, wie sie es verdiente. Außer dieser Protestversammlung fanden nur noch vier Protestversammlungen in Leipzig statt. Von diesen fünf Versammlungen wurden die gefaßten Resolutionen dem Landtage eingeleitet. Es hätte eine durchgreifende und allgemeine Bewegung Platz greifen müssen. Hieran fehlte es aber, weil nur ein geringer Zusammenhalt unter den Konsumvereinen vorhanden war. Dank der Umsatzsteuer, dank der Agitation unserer Gegner sind wir über diesen Standpunkt hinaus, heute sind wir einsig und wissen, daß wir uns zusammenschließen müssen. Das ist ein Erfolg, den weder wir, noch unsere Gegner zu unterschätzen brauchen. Das Gegenteil von dem, was die Gegner erreichen wollten, ist eingetreten: ein ungeheurer Wachstum der Konsumvereine. Am 27. März 1896 fand dann eine Verhandlung im sächsischen Landtage statt, in der über das Schicksal der Petition und den Antrag Bürger entschieden werden sollte. Das Resultat war ein eigentümliches und überraschendes. Der Antrag der Kommission ging dahin, die Petition des Verbandes der Kaufleute und Gewerbetreibenden der Regierung zur Kenntnis zu unterbreiten. Das war der niedrigste Grad der Befürwortung in parlamentarischer Form. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, daß die Regierung sich darüber Kenntnis verschaffen solle, inwieweit die Gemeinden von dem autonomen Recht der Sonderbesteuerung Gebrauch machen könnten und dem nächsten Landtage eine diesbezügliche Vorlage zugehen zu lassen. Weiter wurde beschlossen, die erste Ständekammer um Beistritt zu diesem Beschluß zu ersuchen und dadurch die Petition für erledigt zu erklären. Der Abgeordnete Dr. Schill trat damals entschieden der Auffassung entgegen, daß die Gemeinden durch diesen Beschluß aufgefordert werden sollten, die Umsatzsteuer einzuführen und meinte, daß die Regierung derartigen Regulativen die Genehmigung nicht

geben werde. Die Thatsachen haben gezeigt, daß das Gegenteil eingetreten ist. Die Regierung hat solche Regulative genehmigt, obgleich ein Beistritt der ersten Kammer zum Beschluß der zweiten Kammer nicht erfolgt ist und ein Gesetz somit nach dieser Richtung nicht geschaffen worden ist. Trotzdem erließ die Regierung am 12. Mai 1896 das bekannte Rundschreiben an die Kreishauptmannschaften, worin diese aufgefordert wurden, die Amtshauptmannschaften aufzufordern, bei den Gemeinden anzufordern, inwieweit sie bereit seien, die Umsatzsteuer einzuführen. Der Erfolg dieses Rundschreibens war, daß z. B. die Kreishauptmannschaft Zwitzau sogar die Gemeinden auffordern ließ, die Umsatzsteuer einzuführen. Das geschah, obwohl sonst erst die Interessenten gehört werden und eine Statistik aufgestellt wird. Der Regierung ist es nicht eingefallen, eine Enquete unter den Konsumvereinen darüber zu veranstalten, inwieweit Mitglieder sie haben, welcher Umsatz erzielt wird, in welchem Verhältnis die Zahl der Mitglieder zu den Einwohnern steht etc.

Der Ruf, das erste Regulativ beschloffen zu haben, gehört Burgstädt, dem in schneller Reihenfolge 40 Gemeinden folgten, die die Frage berieten. Im Jahre 1898 hatten 17 Gemeinden die Umsatzsteuer verworfen und 28 Gemeinden gutgeheißen. Welche Motive die Gemeindeverwaltungen dabei geleitet haben, war nicht festzustellen, weil die Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefaßt wurden. Nicht dürften sie aus Unkenntnis gefaßt sein oder weil die zunächst Interessierten in den Gemeindevertretungen Stimme hatten. Nachdem die Kreishauptmannschaft Leipzig das Burgstädter Regulativ bedingungsweise genehmigt, bildete sich damals eine Kommission aus den Konsumvereinen, die die Verfolgung der Sache in die Hand nahm. Als erste Folge der Thätigkeit der Kommission war die Dresdener Kundgebung am 4. Oktober 1898 in Dresden, an der 154 Konsum- und Produktverteilungsvereine mit 110 000 Mitgliedern und einem Warenumsatz von über 80 Millionen Mark teilnahmen. Dort wurde beschlossen, eine Eingabe an das Ministerium zu machen, in der alle Rechtsgründe, die gegen die Umsatzsteuer sprechen, und die soziale Bedeutung der Konsumvereine hervorgehoben werden sollten. Die Rechtsgründe waren, daß die Umsatzsteuer im Gegensatz zu den §§ 87 und 89 der sächsischen Verfassung stehe, nach denen kein Unterthan mit Steuern belegt werden darf, die nicht durch das Gesetz vorgeschrieben seien, und ferner zu dem § 25 der revidierten Städteordnung und § 10 der Landgemeindevorordnung, welche Paragraphen von der verhältnismäßigen Besteuerung sprechen. Als im sächsischen Landtage der Antrag wurde, bei der Einkommensteuer die Progression höher als 4 Prozent durchzuführen, sprach man von einer Vermögenskonfiskation. Was sollen wir aber sagen, wenn man von den Konsumvereinen 3 Prozent Steuern vom Umsatz, gleich 88 Prozent des Reingewinnes nehmen wolle. Das sei doch keine verhältnismäßige Steuer mehr.

Die Höhe der Steuer hat der Regierung schließlich Bedenken gemacht. Die Umsatzsteuer sei aber auch in keiner Weise mit dem § 7 Absatz 6 der Gewerbeordnung in Einklang zu bringen, der besagt, daß Steuern nicht mehr von bestimmten Betrieben erhoben werden dürfen. Dies gab denn auch Veranlassung zu einer am 26. November 1896 im Reichstag erfolgten Interpellation in der Umsatzsteuerfrage. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Fischer erklärte damals, daß die Steuer keineswegs gegen den § 7 der Gewerbeordnung verstoße, da der Bestand der Konsumvereine nicht von der Steuer abhängig gemacht werde, sondern nur mit der Steuer belegt würde. Der große Teil der Händler mit Lebensmitteln wird von der Steuer aber nicht getroffen, sondern nur die Konsumvereine sollen durch diese Steuer unmöglich gemacht werden.

Dadurch erhält die Steuer eben den Charakter, der gegen die Gewerbeordnung verstößt.

Nach der Verhandlung im Reichstage kamen einige Rechtsfertigungsversuche der Regierung in der Leipziger Zeitung, die von den anderen Zeitungen abgeferligt wurden. Dann erschien im April 1897 im Dresdener Journal ein Artikel, worin betont wurde, daß eine Steuer von 3 Prozent nicht in Einklang zu bringen sei mit den Bestimmungen der §§ 25 und 16 der Städte- und Landgemeindevorordnung, da eine solche Steuer nicht der verhältnismäßigen Steuer entspreche. Man schöpfte die Hoffnung, daß man die Steuer fallen lassen und eine procentuale Steuer einführen würde, die wir ebenfalls bekämpft haben würden. Kurz darauf kam die Entscheidung vom 6. Mai 1897, in der die Einwendungen gegen die Verhältnismäßigkeit einer solchen Steuer als belanglos zurückgewiesen wurde und in der das Ministerium einen Großbetrieb im Detailhandel konstruierte und die Besteuerung von 3 Prozent des Umsatzes für zulässig erklärte, die Steuer aber von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig machte und alle „Großbetriebe“ des Detailhandels besteuert wissen wollte.

Juristisch ist es ganz gleichgültig, ob 2 oder 3 Prozent erhoben werden; eine Umsatzsteuer bleibt die Steuer trotzdem, und 2 Prozent bedeuten noch immer einen ungeheuren Prozentsatz des Reingewinnes, nämlich 24 Prozent. Die 2 Prozent sind auch keine verhältnismäßige Besteuerung. Die bleibt eine Steuer, die nicht mit den Gesetzen im Einklang zu bringen ist.

Die die Regulative nach dieser Verordnung geschaffen werden, zeigt am besten Mylan. Durch das dort erlassene Regulativ soll die Filiale des Reichensbacher Konsumvereins besteuert werden, der

Konsumverein, der in Mylan seinen Sitz hat, aber nicht. Interessant ist auch, was sich die Gemeinden unter Großbetrieb vorstellen. In manchen Gemeinden hat man die Grenze bei 50000 Mark Jahresumsatz gesetzt, Konsumvereine sollen aber schon besteuert werden, wenn sie 15000 Mark Jahresumsatz haben. Eine Anzahl kleiner Städte, wie Crimmitschau, hat die Grenze bei 100000 Mark, Burgstädt bei 50000 Mark gefunden, in Röttha sollen aber schon die Großbetriebe bei 20000 Mark Jahresumsatz beginnen, weil die Filiale des Sonnenwälder Konsumvereins nur so viel Umsatz erzielt. Damit ist der deutlichste Beweis erbracht, daß bei den Gemeinden das Festhalten besteht, nur die Konsumvereine zu treffen. Der antientliche Reichstagsabgeordnete Zimmermann hat im Reichstage erklärt, daß ein Kleinkaufmann zu seinem Bestehen einen Jahresumsatz von mindestens 30000 Mark haben muß. Das ist also die Mindestgrenze des Kleinbetriebes und den Konsumverein will man bei 20000 Mark Umsatz zum Großbetrieb stampeln.

Mit der Verordnung des Ministeriums waren die ganzen Regulative hinfällig geworden. Nuncmehr haben sich von den 28 Gemeinden nur noch 17 befunden, die Regulative erlassen haben. Rechtsgültig sind die Regulative in Walsheim, Kirchberg, Oelsnitz, Crimmitschau, Burgstädt und Leisnig. In Roswein gelangt es dem Vater der Umsatzsteuer nicht, das Regulativ in dem neuen Gemeinderat durchzubringen. Die Stadtväter erklären die Steuer als schädlich für die Stadt.

Es wirt sich von selbst die Frage auf, ist nuncmehr der Kampf entfallen? Keineswegs! Jetzt muß der Kampf erst recht losgehen. Es müssen die höheren Instanzen gefragt werden. Es muß eine Eingabe an den sächsischen Landtag eingereicht und darauf hingewirkt werden, daß die Regierung sich in augenfälligen Widerspruch zu den Beschlüssen des Landtages gesetzt hat und daß sie keine Erhebungen veranstaltet, sondern direkt die Gemeinden aufgefordert hat, Regulative einzuführen. Dann müssen wir uns an den Reichstag und Bundesrat wenden, da nach unserer Auffassung durch die Genehmigung der Regulative die Reichsgesetze verletzt worden sind. Eine Eingabe ist schon ausgearbeitet worden, die an die Mitglieder des Reichstages, den Reichskanzler und die Bundesratsmitglieder mit ausführlicher Begründung gehen soll.

Wenn wir auch die Befürwortung gegen müssen, daß die Reichsregierung sich nicht dazu herbeilassen wird, die sächsische Regierung zu reaktivieren, so sind doch die Stimmen im Reichstage so gewichtig, daß wohl oder übel ein Ausweg gesucht werden muß, um die Frage der Umsatzsteuer und die sächsische Regierung um diese Klippe herumzubringen.

Es wirt sich weiter die Frage auf, was muß gethan werden, wenn die Vereine die Steuer bezahlen müssen? Es muß die Steuerbefreiung unter ausdrücklichen schriftlichen Protest geschehen, die Gesetzmäßigkeit der Steuer muß bestritten werden und es müssen sich die Vereine alle Rechte vorbehalten. Beim Herankommen des Steuertermins wird dann nichts anderes übrig bleiben, als die Steuer zu bezahlen, da eine Auspändung nicht erprießlich ist für die Geschäfte. Dann muß versucht werden, im Klagewege die Rechtsmäßigkeit der Steuer anzuzweifeln und die gezahlte Steuer von der Gemeinde zurückverlangt werden. Wir haben mit Juristen gesprochen, die im Einverständnis mit den Mitgliedern höchster Gerichtshöfe einen Erfolg für uns erwarten. Es ist bereits ein Verein ausgehildet worden, dessen Umsatzsteuer über 1500 Mark betragen wird, so daß der Prozeß bis ans Reichsgericht gebracht werden kann.

Wir wissen nicht, ob die Klage auf alle Fälle von Erfolg sein wird und ob unsere Einwendungen berücksichtigt werden. Die Umsatzsteuer hat den Zweck, die Konsumvereine einzuschränken oder gar zu beseitigen, das ist offen von den Kaufleuten und den Gemeindevertretern gesagt worden. Es gilt dann einen Kampf auf Leben und Tod zu führen und wir dürfen unter keinen Umständen nachgeben. Die Konsumvereine in Roffen, Freiberg und Siebenlehn haben vor Erledigung der Umsatzsteuerfrage sich aufgelöst, sie sind also Opfer der Umsatzsteuer geworden. Diese Beispiele dürfen nicht nachgeahmt werden, denn wir werden unter allen Umständen unser genossenschaftliches Prinzip und unsere genossenschaftliche Organisation hochhalten.

Unterlegen wir, dann fallen die Folgen auf die Urheber der Umsatzsteuer zurück. Dann können wir darauf hinweisen, daß das, was andere unbedachtlich thun können, uns verboten ist. Wie kommt wir dazu, den Preigelungen für die Kleinkaufleute abzugeben? Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und Verkehrslebens hat sich ein ungeheurer Umschwung, eine ungeahnte Konzentration vollzogen, ohne daß man auf den Handwerker oder Kleinkaufmann Rücksicht nahm. Wie kann man nun Maßnahmen treffen, die einem großen Teil der Konsumvereine den Untergang bringen.

Wir stehen vor einem zehnjährigen Kampf, jetzt gilt es für uns, zu zeigen, was wir leisten können. Wir sind durch die Einkaufsgesellschaft und durch das angeammelte Kollektivkapital so erstarbt, daß wir den Kampf aufnehmen können.

Bei einem so andauernden Kampfe müssen wir uns vergewissern, ob die Rechtsgründe für die Umsatzsteuer auch von anderen angewendet werden. Nebener verweist da auf die Klagen des Regierungskommissars Generaldirektor Burghardt im preussischen Landtage, des württembergischen Ministers v. Bischof in der württembergischen Ständekammer und auf die Stimme aus Sachsen,

Kleine Chronik.

Leipzig, 1. Januar.

Neues Theater. Es muß doch eine recht harmlose Zeit gewesen sein, so vor ungefähr 80 Jahren, da man einem verehrlichen Theaterpublikum solche reizlose Kost vorsetzen durfte, wie wir sie vorgestern im Alten Theater ausüben mußten. Mr war's, als hätte ich in der Thalia. Und doch hatte der Theaterzettel ein Gastspiel und sogar ein 50jähriges Künstlerjubiläum angekündigt! Aber was half das alles? Ich langweilte mich, wie ich mich im Theater noch nie gelangweilt habe. Herr Karl Sonntag möge mir in Gnaden verzeihen, aber wenn das, was er vorgestern zum Besten gab, der ganze Extrakt einer 50jährigen Bühnentätigkeit sein soll, dann freut es mich, daß ich um ein Menschenalter später auf die Welt gekommen bin. Wie jämmerlich kunstarm und von allen Mufen und Grazien verlassen muß ein Geschlecht gewesen sein, das an dem Faden der Ariadne und an dem Schwiegervater aus Sachsen Gefallen finden konnte! Wenn man Max Lindens Alexander-Hofkomdie mit ihrem geistlosen Verfesseltapper und ihrer Erfindungsarmut neben Körners Souveränante hält, so wäre man fast versucht, den Dichter von Leier und Schwert für einen großen Dramatiker zu erklären! Und das wird doch kein anständiger Mensch thun. Der Schwiegervater aus Sachsen ist ein so jämmerliches Nachwerk, daß alles andere, was G. v. Moser an sogenannten Lustspielen verbrochen hat, das gegen Klassik genannt werden muß. Siner jeden Person wird ein gegen Klassik gelegt, den sie dann durch vier Akte hindurch Witz in den Mund gelegt, den sie dann durch vier Akte hindurch zu Lobe reiten muß, gleich als wollte der Dichter das Publikum zu Lobe reiten fragen: Können ihr immer noch darüber lachen? So sagt bekümmert der Schwiegervater, der Gutsbesitzer Titus Bär, von seinem Schwiegersohn, dem Advokaten Eugen Seeburg beständig: „Es ist eben ein ordinärer Mensch,“ und mit dieser geistreichen Wendung hat Moser vier packende Aufschlüsse erfinden!

Herr Karl Sonntag spielte vorgestern den König und den Schwiegervater. Wenn man bedachte, daß der geschmeidige Schauspieler, der sich dort so leicht auf der Bühne hin und her bewegte, schon betraue seine 70 Jahre zähle, so konnte man dieser körperlichen Frische die Bewunderung nicht verlagern. Aber das war auch alles, was ich an dem Mann bewundern konnte. Ich habe nun einmal, was Schauspielkunst betrifft, meine eigenen Lebertüchlein

Ansichten. Die offizielle Bühnenschablone oder Bühnenroutine, mag sie nun als Liebhaber oder als Boulevard vor mich hintreten, rührt mich nicht. Und was wäre am ganzen Spiele Karl Sonntags nicht Schablone und Routine? Oder wie käme es denn, daß der Künstler zu seinem fünfzigjährigen Jubiläum gerade zwei Rollen wählte, die zu allen möglichen schauspielerischen Kunstgriffen, nur nicht zu wirklicher Menschendarstellung Gelegenheit gaben?

Das Publikum freilich urteilte anders als ich. Es überschüttete den Jubilar mit Lorbeerkränzen und rief ihn unzähligmal vor die Lampen.

Altes Theater. (Der Liebesgott, Operette in drei Akten von J. Bréval und A. Livrat, deutsch von Volken-Baeders, Musik von L. Varney.) Von einer Pariser Operette erwartet man eigentlich mehr, oder besser gesagt etwas anderes, als uns der am Sonnabend zum erstenmal aufgeführte Liebesgott bot. Da wir uns angewöhnt haben, die Franzosen für viel leichtsinniger und frivolster zu halten, als wir selber sind, so glauben wir, eine französische Operette müsse schärfere Accente ausgelassener Melodien und eine gewagtere Handlung aufweisen. Um so mehr, da wir tugendhaften Deutschen in unseren eigenen einheimischen Produkten der Operettenbiblie schon recht bedenklich in den Tangelangestirrt hineingeraten sind und kaum noch vor einer Gewagtheit zurückschrecken. Wenn man sich diesen harmlosen Liebesgott und daneben manche deutsche Operette ansieht, so könnte es fast scheinen, als ob die beiden Völker plötzlich die Rollen getauscht hätten. Und doch trägt Barnays Liebesgott ganz und gar französischen Charakter, unsere westlichen Nachbarn zeigen sich uns hier nur von einer anderen, besseren Seite: leicht, liebenswürdige Grazie ohne alle Hintergedanken ist der Grundzug des Wertes. Ob uns dieses unschuldige süße Geräch besser behagt, als die stark gewürzten pikanten Schüsseln, ist freilich fraglich; ich möchte es fast bezweifeln.

Der Text zum Liebesgott ist eine harmlose Nichtigkeit, die von der gewohnten menschlichen Logik unberührt mit altbekanntem komischen Gestalten und den gewohnten Unmöglichkeiten spielt. Die kleine Prinzessin Lauretta, das Winkeln des Stadthauptmanns Pampinell von Tarent spielt mit ihren Freundinnen am Strande. Die jungen Damen wissen alle nicht, was es mit dem Liebesgott für eine Bewandnis hat, dessen Statue mitten auf ihrem Spielplatz steht. Auch aus einem von der in solchen Dingen erfahrenen Stadthauptmannin unvorsichtigerweise vergessenen Buche können sie sich keine Klarheit verschaffen und kommen auf den absonderlichen

Gedanken, die Marmorstatue ins Meer zu werfen. Donner, Blitz und Sturm. Statt des im Meer versunkenen Amors tritt ein lebendiger Liebesgott, der neunzehnjährige Prinz Carlo von Spraku mit seinem komischen Begleiter Cascarino auf, welcher letzterer mit der Stadthauptmannin früher, als sie noch Apfelsinenverkäuferin war, einen Liebeshandel gehabt hatte. Prinz Carlo — natürlich eine Hofenrolle — glebt der Prinzessin Lauretta einen Kuß, um dieser bewirkt, daß sie nun plötzlich den ihr vom Vormund angebotenen und früher von ihr acceptierten bänklichen Bräutigam zurückweist. Carlo und Lauretta verlieben sich, Cascarino wird von der Liebe seiner alten Flamme, der Stadthauptmannin, mehr verfolgt als beglückt, und Herr Pampinell spielt dabei die notwendige Rolle des gefoppten Ehemannes. Der zweite Akt führt die Verwicklung in einem Damenklub weiter, wo die Personen in verschiedenen Verkleidungen auftreten und Cascarino schließlich in einen ursprünglich für einen Kollibri (!) bestimmten, aber zu diesem Zwecke doch etwas zu groß geratenen Vogelkäfig gesperrt wird. Die Lösung der Verwirrungen geschieht im dritten Akte in ganz willkürlicher Weise.

Der Text hat keinen anderen Zweck, als dem Komponisten Gelegenheit zu hübschen Gesangsnummern zu geben, die neben den unvermeidlichen Chören meist nur aus Couplets und lieblichen Sätzchen bestehen. Die Musik Barnays ist überall grazios, die Melodien sind nicht übermäßig charakteristisch, aber hübsch erfinden, besonders die Lieder der Lauretta. Recht nett ist auch die Tarantella im dritten Akt. Aber die Musik ist eben zu hübsch, es fehlt ihr an den charakteristischen Accenten, gerade wie es der Handlung an eigentlichen komischen Schlagern fehlt. Die Operette wird also kaum viel Erfolg haben bei uns; wir sind für diese Art nicht mehr harmlos genug.

Vielleicht würde die Operette auch mehr wirken, wenn wir für die Rolle des Prinzen eine wirklich flotte und stimmgebende Operettensoubrette zur Verfügung hätten. Das ist leider nicht der Fall. Fr. Schäffer genügt nicht. Ihr Organ ist flach, ihr Vortrag wenig anregend und ihre Erscheinung nicht nur zu wenig flott, sondern auch zu wenig grazios. Auch das etwas scharfe Organ des Fr. Linba paßt nicht recht zu der knospenhaft jarten Lauretta, doch lang sie besser als Fr. Schäffer. Am besten fand ich von den Damen Fr. Dalborf mit dem derben Charakter der Stadthauptmannin ab. Fr. Dalborf weiß zu charakterisieren und schilderte das Derbe, ohne unschön zu wirken. Mit ihrem Couplet: Wir

die sich gegen die Umsatzsteuer ausgesprochen haben. Die 200 Konsumvereine erstrecken sich auf 400 sächsische Gemeinden. Diese haben sich sehr passiv verhalten, denn nur 12 Gemeinden (gleich 3 Prozent) haben ein Regulativ beschlossen. Der größte Teil der Gemeinden hat sich passiv verhalten und man kann es nicht verargen, wenn die Bürgermeister sich nicht darüber aussprechen, weil sie sonst, wie der Oberbürgermeister Dr. Georgi in Leipzig von den Kaufleuten angegriffen werden, die die Frage aufwerfen, ob in Sachsen eigentlich das Ministerium und in Leipzig die Stadtverwaltung regiere oder seine Majestät der Oberbürgermeister. Trotzdem haben die Bürgermeister von Plauen, Reichenbach und Frankenberg sich gegen die Umsatzsteuer ausgesprochen. Sie meinen, es ließe die soziale Bedeutung der Konsumvereine verkennen, wenn man ihnen das Leben sauer machen wolle. Eine große Reihe von Gemeinden hat die Steuer einzuführen auch direkt abgelehnt. Noch keine Handelskammer hat sich für die Umsatzsteuer erklärt, sondern wie die Leipziger Handelskammer sich dagegen ausgesprochen, weil eine Umsatzsteuer ungerecht und verkehrsförderlich sei. Ein kaufmännischer Sachverständiger, Herr E. Mey, in Firma Alexander Jahn in Hamburg, hat in einer Broschüre: Wirtschaftliche und handelspolitische Rundschau im Jahre 1897 sich gegen die Umsatzsteuer ausgesprochen und meint, daß in Zukunft die Frage nur entschieden werden kann, ob die Konsumenten sich von einzelnen Großkapitalisten ausbieten oder ob die Konsumenten sich zum Warenbezug organisieren wollen. Mittelalterlich sei die Eingabe Schulze-Gisborn für den Verband deutscher Kaufleute an den Reichstag, die den Bestand der Konsumvereine von der Bedürfnisfrage abhängig machen will. In den Städten, wo tüchtige und intelligente Kaufleute, die mit der Zeit fortgeschritten sind, den Warenvertrieb in Händen haben, da haben die Konsumvereine fast gar keine oder nur geringe Bedeutung zu erlangen vermocht. Auch ein Kleinhändler hat sich in der Nummer der Kolonialwarenzeitung vom 26. November 1897 gegen die Umsatzsteuer und die Bekämpfung der Genossenschaften ausgesprochen und die Vereinigung der Kleinbetriebe empfohlen. Und zuletzt hat sich am 19. Januar Professor Dr. Petermann in der Gesellschaft in Dresden unter wissenschaftlicher Begründung gegen die Umsatzsteuer und die Bekämpfung der Konsumvereine gewandt.

Trotz dieser Urteile wird die Umsatzsteuer ihren Weg nehmen, aber sie hat den Konsumvereinen einen ungeahnten Erfolg gesichert. Während in Dresden die Protestumgebung von 184 Vereinen mit 110 000 Mitgliedern besucht war, zählen jetzt 160 Vereine 152 000 Mitglieder. Das ist eine Zunahme von gegen 50 000 Mitgliedern. Der Umsatz ist bedeutend höher geworden; er betrug in den 160 Vereinen 33 368 000 Mk. und wurden 3 892 875 Mk. Dividenden bezahlt. Die 4 Millionen Mark Mehreinkommen des Arbeiters spielen eine große sozialpolitische Rolle und kommen der Industrie wieder zu gute.

Die Konsumvereinsfrage ist bürgerlichen Ursprungs. Die Vereine sind auf der bürgerlichen Gesellschaft aufgebaut, sie stehen und fallen mit dieser Gesellschaftsordnung. Wenn man also den Konsumvereinen freie Hand läßt, dann untergräbt man nicht die heutige Gesellschaft, sondern stützt sie. Die Konsumvereine sind ein Mittel, der ärmeren Bevölkerung zu helfen, Ersparnisse zu machen, die ihr wieder zu gute kommen. Den Hausbesitzern ist es ein Vorteil, wenn Dividenden bezahlt und dadurch den Mietern die Zahlung der Miete erleichtert wird. Von dieser Seite betrachtet, gewinnt die Umsatzsteuer ein anderes Bild, sie ist nicht mehr ein Schuttmittel der Kleinkaufleute, sondern ein Strafmittel für den Spartann der Arbeiter und dafür, daß sie den Gebanten der bürgerlichen Gesellschaft ausgeführt haben.

Es kommen aber bei der sozialpolitischen Bedeutung der Konsumvereine nicht nur die Mitglieder, sondern auch deren Familienmitglieder in Frage, die zusammen etwa 500 000 Seelen ausmachen und gegen die die paar Kleinkaufleute gar nicht in das Gewicht fallen. So stellt sich die Umsatzsteuer als eine Strafe für das Organisationsvermögen der Leiter der Konsumvereine und als eine Prämie auf die Dummheit der Kleinkaufleute dar.

In England ist das Konsumvereinswesen so ausgebildet, daß es für uns vorbildlich sein kann. Dort und in anderen Staaten ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Konsumvereine eine Naturnotwendigkeit sind. Daß in Deutschland die Konsumvereinsfrage noch nicht einmal beunruhigend ist, zeigt das Verhältnis zu anderen Staaten. Es zählt die Schweiz 265 Vereine mit 75 000 Mitgliedern (auf 11 290 Einwohner 1 Konsumverein), Großbritannien 1421 Vereine mit 1 169 000 Mitgliedern (auf 27 912 Einwohner ein Konsumverein), Frankreich 1089 Vereine mit 500 000 Mitgliedern (auf 35 269 Einwohner 1 Konsumverein), Deutschland 1839 Vereine mit 600 000 Mitgliedern (auf 38 250 Einwohner 1 Konsumverein).

Es kamen in der Schweiz auf zehn, in Großbritannien auf acht, in Frankreich auf 18 und in Deutschland auf 21 Einwohner ein Konsumvereinsmitglied. Im Durchschnitt zählten die Vereine in der Schweiz 407 Mitglieder, die im Durchschnitt für 320 Mk. pro Jahr kauften, in Großbritannien 322 Mitglieder, die im Durchschnitt für 344 Mk. pro Jahr kauften, in Frankreich 559 Mitglieder, die im Durchschnitt für 268 Mk. pro Jahr kauften, in Deutschland 541 Mitglieder, die im Durchschnitt für 288 Mk. pro Jahr kauften.

Es ist also in Deutschland die Konsumvereinsentwicklung noch sehr weit zurück und trotzdem hat man in anderen Staaten nicht sehr wichtige Maßnahmen getroffen, wie bei uns.

Die Umsatzsteuer ist der Mittelpunkt der Maßnahmen gegen die Konsumvereine. Erst hat man die Konsumvereine zur Steuer herangezogen, die sie haben zahlen können, dann hat man ihnen das Recht des Branntweinmonopols entzogen, das Verbot des Warenverkaufs an Nichtmitglieder erlassen, die Legitimationskarte eingeführt. Wenn alle diese Mittel nichts geschnitten haben, dann können wir der Ueberzeugung sein, daß der neue Schlag auch abgewehrt werden wird und wir Sieger bleiben werden.

Auf keinen Fall dürfen sich jetzt die Vereine den Regulativen anpassen, wenigstens nicht ohne Einholung des Rates der Kommission. Geschicht alles dies, dann ist der Sieg auf unserer Seite, trotz alledem. (Stürmischer Beifall.)

Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 30. Januar 1898 im Saale des Clysiums in Chemnitz tagende öffentliche Versammlung, in der 163 Konsum-

Produkten- und Warenverteilungsvereine durch 768 Verwaltungsmitglieder vertreten sind, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und der bisherigen Tätigkeit der Kommission einverstanden.

Die Versammlung hielt an der Anschauung fest, daß die Umsatzsteuer weder mit der sächsischen Landesgesetzgebung noch mit der Reichsgewerbeordnung vereinbar ist. Da aber das sächs. Ministerium trotzdem Regulative über die gemeindliche Sonderbesteuerung der Konsumvereine genehmigt hat, so wird die Kommission beauftragt, wegen der Nichtbeachtung der §§ 37, 39 und 40 der sächsischen Verfassung über die Zulässigkeit der Steuer sowie des § 25 der revidierten Städteordnung und des § 16 der revidierten Landesgemeindeförderung bei den beiden Ständekammern vorstellig zu werden.

Da durch die Genehmigung der Regulative die Reichsgewerbeordnung §§ 5 und 7 Absatz 6 verletzt erscheinen, so wird die Kommission weiter beauftragt, bei dem Reichstag und durch den Reichskanzler beim Bundesrat wegen dieser Verletzung vorstellig zu werden.

Die Kommission wird weiter beauftragt, bei diesen Eingaben darauf hinzuweisen, daß gar kein Bedürfnis zum Sauge des Kleinhandels durch die Besteuerung des Umsatzes vorliegt. Von circa 400 Städten und Gemeinden, in welchen Konsum-, Produkten- und Warenverteilungsvereine oder Verkaufsstellen von solchen vorhanden sind, haben nur 12 Gemeinden die Einführung dieser Sonderbesteuerung beschlossen, trotzdem der Einfluß der Kleinhändler, unterstützt durch die Handwerker und Hausbesitzer, auf die Gemeindeverwaltungen ein ganz bedeutender ist.

Die Versammlung giebt den von der Umsatzsteuer betroffenen Vereinen auf, die Zahlung der Steuer nur unter schriftlichem Protest mit dem gleichzeitigen Bestreiten der Gesetzmäßigkeit dieser Sondersteuer zu machen und die Rückzahlung derselben im Klageweg von den Gemeinden zu fordern. Auch werden diese Vereine aufgefordert, unter allen Umständen an dem genossenschaftlichen Prinzip festzuhalten und für den Fall, sie eine Änderung der geschäftlichen Organisation beabsichtigen, in jedem Fall den Rat der Kommission einzuziehen.

Die anwesenden Vertreter der sächsischen Konsum- und Produkten- und Warenverteilungsvereine erklärten sich in dem Kampfe gegen die Umsatzsteuer mit den von derselben betroffenen Vereinen solidarisch und werden alles aufbieten, um diesen Vernichtungssehnsucht gegen die genannten Vereine abzuwehren.

Es wurde beschlossen, die Kommission fortbestehen zu lassen, die alle Beschwerden, Entscheidungen oder deren Abschriften sammeln, selbst sichten oder einer Centralstelle diese Schlichtung übertragen und der nächsten Versammlung Bericht erstatten soll. Die Kommission wurde durch Zuwahl des Genossen Barthel-Löbtau ergänzt.

In einer anderen Angelegenheit nahm Genosse Fell-Leipzig das Wort. Anknüpfend an die letzte Generalversammlung der Lagerhalter in Chemnitz und der danach gepflogenen öffentlichen Auseinandersetzungen hat die Kommission mit einer von den Lagerhaltern gebildeten Kommission verhandelt und sind sie zu dem Resultat gekommen, gemeinschaftlich zu prüfen, ob die Sonntagsruhe nicht vollständig durchzuführen, die Arbeitszeit zu begrenzen, die Arbeitszeit und Geschäftszeit festzulegen, und Festsetzung eines Minimalgehaltes nach kleinen, mittleren und großen Städten, Regelung der Rangogewährung, Formulierung von Musterarbeitsverträgen, Regelung der Kautionsverhältnisse geschaffen werden können. Für alle Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Angehörigen soll ein Schiedsgericht eingesetzt werden, das aus Angehörigen, Verwaltungs- und Aufsichtsratsmitgliedern zusammen zu setzen ist. Gelegentlich der Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft in Dresden soll eine gemeinschaftliche Versammlung der Konsumvereinsverwaltungen und Lagerhalter stattfinden. Dort soll eine friedliche Aussprache stattfinden und alle Punkte, die als annehmbar festzustellen sind, zum Beschluß erhoben werden. Den Vereinen soll dann aufgegeben werden, diesen Beschluß nachzukommen. Das ist ein kleines Stück Kulturarbeit, das wir noch zu vollbringen haben, und ich hoffe, daß uns diese Arbeit gelingen möge.

Genosse Buhl-Leipzig als Vorsitzender des Lagerhalterverbandes erklärte, daß es dem Personal nur lieb sein könne, wenn die Streitfragen in dieser Weise geregelt würden. Die Konsumvereinsverwaltungen wechseln und damit auch die Anschauungen über die Leistung und Behandlung der Lagerhalter. Daß es bisher nicht so sein konnte, lag in der Natur der Sache. Der Vorschlag ist ein guter, er werde auch zum Ziele führen. Er bitte den Vorschlag gutzubehalten.

Der Vorschlag wurde gegen eine Stimme gutgeheißen. Der Vorsitzende, Genosse Rabesock, schloß dann die imposante Versammlung mit einer kurzen Ermahnung und mit dem Wunsche, daß ihre Bewegung gedeihen möge, trotz der Umsatzsteuer.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die geplante Vermögenssteuer soll nach einer Meldung des offiziellen Volksbüros von der Finanzdeputation der ersten Kammer abgelehnt worden sein. In der zweiten Kammer, so wird hinzugefügt, dürfte der Gesetzentwurf jedenfalls einem gleichen Schicksal begegnen.

Die Grunden im Landtage wollen von einer Vermögenssteuer nichts wissen, selbst von der „vorsichtigen“ Besteuerung nicht, die ihnen die sächsische Regierung vorgeschlagen hatte. Und der wird man gewiß nicht das Verständnis für die Interessen der Besitzenden abspitzen können. Erblicke sie doch schon bei der Einkommensteuer in einer Progression über 4 Proz. hinaus eine „Konfiskation der Vermögen“.

Die ganze Steuerreform, die, wenn auch übertrieben zöghaft, immerhin die Tendenz hatte, den „tragfähigen Schultern“ ein bißchen mehr aufzuliegen, wird voraussichtlich an der Ablehnung der Vermögenssteuer scheitern.

Das sächsische Volk wird das verstehen und es wird bei den Reichstagswahlen die Quittung über das Verhalten der hochmögenden Herren anstellen, die jetzt die kleine Erleichterung der breiten Masse vereiteln und „Hände weg vom Geldsack des Volkes!“ rufen, bei der Wahlrechtsverfechtung aber eifrig zugriffen.

Uns kann es recht sein, wenn so die Sozialdemokratie weiter „vernichtet“ wird.

Mit der Bahnsteigsperre beschäftigte sich die Zittauer Handels- und Gewerbestammer in ihrer jüngsten Sitzung. Mehrere Interessenten in Zittau hatten die Kammer gebeten, dahin zu wirken, daß Jahres-Abonnementskarten für die Bahnsteigsperre ausgeben werden. Ein Kammermitglied erklärte, daß wohl alle beteiligten Kreise darüber einig seien, daß die Bahnsteigsperre große Nachteile und Uebelstände mit sich gebracht habe. Der Kammerpräsident betonte, daß die Bahnsteigsperre in ihrer jetzigen Ausdehnung bis auf die kleinen und kleinsten Stationen eine Katastrophe sei und eine Befreiung des Publikums bedeute. Die Bahnsteigsperre sei wohl auf den großen Durchgangslinien berechtigt, nicht aber auf den Nebenlinien; denn hier habe sie eine Verletzung des Betriebes und eine Erschwerung des Verkehrs mit sich gebracht.

Burgstädt, 30. Januar. Das hiesige Parteiorgan, die Volksstimme, hat die seltsame Thatsache zu verzeichnen, daß keiner ihrer Redakteure gegenwärtig im Gefängnis sitzt. Während des siebenjährigen Bestehens des Blattes wurden außer einer Anzahl Geldstrafen 70% Monate Gefängnis über die Redakteure verhängt.

g. Zwickau, 30. Januar. In der heute nachmittag in Saara stattgefundenen Volksversammlung erstattete Genosse Keil Bericht über die Landeskonferenz. Hierauf referierte Genosse Grenz-Leipzig über die gegenwärtige politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Zwei Resolutionen, die sich mit den Ausführungen der Referenten voll und ganz einverstanden erklärten, wurden einstimmig angenommen. In der vorigen Versammlung war bekanntlich von der Zwickauer Amtshauptmannschaft das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie und das Absingen revolutionärer Lieder während und nach Schluß der Versammlung verboten. Der Vorsitzende brachte aber ein Hoch auf die Bergarbeiterbewegung aus. Diesmal hat nun die genannte Behörde das Verbot noch erweitert, denn in der Anmeldebekanntmachung, die dem Einberufer zugeht, heißt es: „Das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie oder sozialrevolutionäre Verbände oder Bewegungen und das Absingen revolutionärer Lieder während und nach Schluß der Versammlung wird zur Vermeidung einer an den Versammlungen und Teilen der Versammlung zu vollstreckenden Ordnungstrafe bis zur Höhe von 150 Mk. oder 14 Tagen Haft hiermit verboten.“

Stolpen, 31. Januar. Der hiesige Bürgermeister, der neulich dem Landtagsabgeordneten Fräßdorf in einer antimilitärischen Versammlung das Wort entzog, weil er seine Kandidaturrede halten wollte, ist von der Amtshauptmannschaft revidiert worden. Genossen Fräßdorf ist auf seine eingelegte Beschwerde mitgeteilt worden, daß die Wortentziehung zu Unrecht erfolgt sei.

Gartha, 30. Januar. Der Wirt des Schützenhauses erhielt ein Strafmandat in der Höhe von 25 Mark, weil zu viele Menschen in der letzten Versammlung anwesend waren, bezw. weil die Ausgänge versperrt gewesen sein sollen. In Sachsen soll es eben auch in den Versammlungen „gemüthlich“ hergehen. Der Wirt aber beantragte gerichtliche Entscheidung.

eo. Aue, 30. Januar. Da sich hier kein Lokal zu den Versammlungen des Arbeiterbildungsvereins fand, sollten diese bekanntlich in der Wohnung seines Vorsitzenden, des Genossen Herrn Müller, stattfinden. Der Stadtrat verbot dieses aber mit der Begründung, daß die Decke (resp. Diele) zu schwach und ein Einbrechen derselben zu befürchten sei. Der Genosse Müller führte hiergegen Beschwerde bis an die Kreisauptmannschaft Zwickau, die nunmehr entschied, daß zwar ein Zusammenbrechen nicht zu befürchten, daß aber der Raum der Wohnung, 18 Quadratmeter, gegebenenfalls nicht reiche, sämtliche 31 Mitglieder des Vereins zu fassen und es daher bei dem Verbot zu bleiben habe. Für diesen Bescheid mußten 3 Mark bezahlt werden. Der Arbeiterverein kann nun überhaupt keine Versammlungen mehr abhalten. Recht niedlich!

Soziale Rundschau.

Berliner Schuhmacherbewegung. Vom 29. Januar wird gemeldet: Heute begannen die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht. Der Vorsitzende der Arbeiter, Schuhmacher Weber, schildert den Hergang der Sache. Er beruft sich darauf, daß eine Arbeitsordnung nur anerkannt werden könnte, die von beiden Seiten ausgearbeitet sei. Fabrikant Schliweg erklärte, falls über den Arbeitsnachweis des Fabrikantenbundes verhandelt werden sollte, seien die Arbeitgeber entschlossen, den Saal zu verlassen. Das Weiterbestehen des Nachweises in der bisherigen Form und Verbefestigung der Arbeitsnachweisscheine seien unabänderliche Forderungen der Fabrikanten. Die Vertreter der Fabrikanten erklärten sich weiteren prinzipiell mit der neunstündigen Arbeitszeit einverstanden und wollen sich hinsichtlich der Pausen dem Spruche des Gerichts fügen. Beide Teile heben wiederholt hervor, daß man keinen „faulen Frieden“ wolle, sondern eine wirkliche Einigung. Der Einigungsvorschlag des Gewerbegerichts, der noch mehr als vierstündiger Beratung den Parteien unterbreitet wurde, hat nachstehenden Wortlaut:

Nachdem die Bevollmächtigten der Arbeitgeber es abgelehnt haben, bereits heute über den Arbeitsnachweis zu verhandeln, erklärt es das Einigungsamt für wünschenswert, daß die Parteien in Wäde über die strittigen Punkte bezüglich des Arbeitsnachweises in Verhandlung treten. Unter dieser Voraussetzung schließen die Parteien folgenden Vergleich:

1. Die Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß beim Antritt der Arbeitsnachweisscheine deponiert wird. 2. Nachdem die Arbeitgeber erklärt haben, daß die neunstündige Arbeitszeit in den meisten Betrieben besteht und der Verband für allgemeine Einführung derselben ist, sind die Arbeiter mit dem die Arbeitszeit regelnden Passus der Fabrikordnung einverstanden. Die Vorschläge bezüglich der übrigen Punkte sind von geringerer Bedeutung. Dann folgt der Schlusssatz, der bestimmt, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Die Vertreter beider Parteien erklärten sich, vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Auftraggeber, mit dem Einigungsvorschlag einverstanden. Sollte die für morgen anberaumte Versammlung der Ausständigen den Einigungsvorschlag verwerfen, wird das Einigungsamt am Dienstag in Sachen der Arbeitsordnung einen Schiedspruch fällen, andernfalls wird die Arbeit am Montag früh in allen Fabriken in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Der Einigungsvorschlag des Gewerbegerichtes wurde am Sonntag in öffentlicher Versammlung nach lebhafter Debatte angenommen. Nur wurde beschlossen, die Arbeit erst am Dienstag unter der Voraussetzung wieder aufzunehmen, daß die Arbeitgeber die Arbeitnehmer an der Verwaltung des von den Fabrikanten errichteten Arbeitsnachweises sich beteiligen lassen. Wenn die Fabrikanten diese Forderung ablehnen, dann soll die Arbeit ruhen und das Einigungsamt des Gewerbegerichtes von neuem angersucht werden.

München, 28. Januar. Die Eröffnung des Arbeiterssekretariats ist nunmehr für die nächste Zeit gesichert. Zu Sekretären wurden gewählt die Genossen Mühlhans-München, ein sehr guter Kenner der Arbeiterversicherung, und der Leiter der Konfektionsarbeiter, Timm-Berlin.

Newcastle, 30. Januar. Bei einem Feuer in einer Feinwebfabrik explodierte ein großer Behälter und schleuderte seinen brennenden flüssigen Inhalt unter die Menge; die Kleider der Zuschauer fingen Feuer; 30 Personen wurden verletzt, eine erlag alsbald den Verletzungen.

London, 29. Januar. In den Gruben von Drumpeller-

Frau'n, die jungen wie die alten, erzielte sie Applaus, jedoch sie es fast parlando (sprechend) vortrug, weil sie den richtig operativenmäßig vorzutragen und die Pointen scharf herauszuheben versteht. Frä. Hoffmann (Fritella) war ganz ungenügend. Die Männerrollen treten mehr zurück. Natürlich gab Herr Searle den Stadthauptmann famos; ebenso war Herr Brand im lustigen Cascarino. Herr Searle erschien in der altbekannten Figur des dänischen Geiratskandidaten.

Die Operette hatte, wie gesagt, keine starke Wirkung. Am meisten wurde gelacht, als der Amorstatue gleich beim Beginn der Vorstellung der Kopf abfiel und die jungen Tarentinerinnen den kopflosen Liebesgott um Erhöhung ansehen mußten. H. M.

— Eine neue Erfindung des Glühlichts. Die Neue Freie Presse meldet: Dr. Karl Auer hat soeben ein Patent für ein elektrisches Glühlicht erworben, das bezweckt, eine Ersparnis am elektrischen Strom und eine größere Leuchtkraft der elektrischen Lampen herbeizuführen. Die Erprobung des neuen Lichtes ist noch nicht abgeschlossen. Die neue Erfindung soll eventuell der Wiener Auer-Gesellschaft übertragen werden.

— Theatercensur. Das Wunder, das jüngste, einen religiösen Stoff behandelnde Drama von Richard Voss, sollte im Berliner Theater in Scene gehen. Die Censurbehörde hat die Genehmigung zur Aufführung verweigert. Auch Voss kriegt seine Reklame, gerade wie Sandermann.

— Der bisherige Direktor des Wiener Burgtheaters, Herr Durdhard, wurde zum Rechtskonsultanten beider Hoftheater ernannt.

bei Contbridge in Schottland wurden gestern Abend durch eine Explosion schlagender Wetter 4 Grubenarbeiter getötet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 31. Januar.

Der Vorstand des Buchhändler-Vereins hat an den Reichstag zu dem Antrag Arenberg, Gröber und Genossen auf Abänderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches eine Petition eingereicht, worin es heißt: „Wir meinen, daß es niemand entgehen kann, daß die Fassung des neuen § 184a (der von unzulässigen Schriftwerken und Darstellungen handelt) viel zu unbestimmt und dehnbar ist. Wir fürchten, daß damit eine jener Gesetzesbestimmungen geschaffen würde, unter die schließlich vieles in der Praxis summiert werden würde, was die Antragsteller überhaupt nicht haben treffen wollen, und so bitten wir: der beantragten Gesetzesänderung so lange die Zustimmung zu verweigern, als nicht eine Fassung gefunden worden sein wird, die geeignet ist, zu verhindern, daß durch das neue Gesetz die Fortentwicklung des Buch- und Kunsthandels und damit zugleich die Fortentwicklung der Kunst und Wissenschaft, der der Buch- und Kunsthandel dient, verhindert wird.“

Das Militärverbot ist durch Garnisonsbefehl über die Gastwirtschaft Wünschhof in V.-Gohlis verhängt worden.

Nationalliberale Kartell-Erklärung. Der Gesamtvorstand des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen hat gegen eine Stimme die bekannte Erklärung in Sachen des Kartells gutgeheißen.

Heinrich Rudolf Brodhaus, einer der Chefs der berühmten deutschen Verlagsbuchhandlung F. A. Brodhaus in Leipzig, ist im 60. Lebensjahre gestorben. Heinrich Rudolf Brodhaus war ein Enkel des Begründers der Firma Friedrich Arnold Brodhaus, der schon 1823 gestorben ist, und ein Sohn Heinrich Brodhaus', der den Verlag der Firma auf die Höhe seiner gegenwärtigen literarischen Bedeutung gehoben hat. Nach dessen Tode im Jahre 1874 ging das Geschäft auf seine beiden Söhne Dr. Heinrich Eduard Brodhaus und den nunmehr verstorbenen Heinrich Rudolf Brodhaus über, der der Firma schon seit 1863 angehört hat. Er hinterläßt einen gleichnamigen Sohn, der 1889 in das Geschäft eingetreten ist.

Nach einem neuen Eisenbahnprojekt, so schreibt die Saale-Ztg., soll der Hauptverkehr der Strecke Berlin-Leipzig über Eilenburg geleitet werden, um eine Entlastung der Bahnlinie Berlin-Wittenberg-Leipzig zu schaffen. Zu diesem Zweck ist der Bau einer Verbindungsbahn von Wittenberg nach Pörsch a. E. von 30 km Länge geplant. Berlin-Wittenberg-Pörsch-Wittenberg-Eilenburg-Leipzig liegen nämlich in einer Linie, so daß durch den geplanten Neubau eine kürzere Verbindung zwischen Berlin und Leipzig entstehen würde.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat die Einstellung eines direkten Schnellzuges München-Regensburg-Hof-Plauen-Leipzig-Wittenberg-Berlin-Magdeburg, bei dem das lästige Umsteigen in Weiden und Leipzig, Fahrt mittels Droschke vom Bayerischen auf den Magdeburger Bahnhof, weggelassen, abgelehnt, weil sie ein Bedürfnis danach nicht anerkennen vermögen. Diese Erklärung erregt Befremden, nachdem die bayerischen und sächsischen Generaldirektionen, dann die Handelskammern von München, Plauen, Leipzig, die kaufmännische Korporation von Magdeburg, auch eine Anzahl der an der Linie liegenden Städte, das Bedürfnis eingehend und dringend, teilweise wiederholt, betont haben.

Nichttrauerkoupes in der vierten Wagenklasse. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat vor einigen Tagen die Einstellung von Eisenbahnwagen vierter Klasse mit Nichttrauerabteilungen verfügt, doch sollen diese Wagen nur auf langen Strecken Verwendung finden.

Von den Straßenbahnen. Der Leipziger Elektrischen Straßenbahn ist bereits in einem früheren Verträge die Herstellung einer Linie vom Berliner Bahnhof nach Eutritzsch bis zum Endpunkte der Wittenberger Straße konzediert worden. Die genannte Gesellschaft ist nun, wie das Tageblatt berichtet, darnach angekommen, ihr die Fortsetzung der Linie durch die Delitzscher Straße bis zur Einmündung der Dübener Straße zu genehmigen. Es würde hierbei das Gleis der Großen Leipziger Straßenbahn auf einer Strecke von 250 Meter (von der Gartenstraße bis zu zum Markt in Eutritzsch) mißbenutzt werden müssen.

Die Handelskammer hält morgen Dienstag abends 8 Uhr eine öffentliche Sitzung in der Neuen Börse, Treppe A. 1. ab. Zur Verhandlung gelangt u. a.: Bericht über die außerordentliche Präsidialkonferenz, die Organisation der sächsischen Handels- und Gewerbekammern betreffend; Bericht über die Anfrage des königlichen Hauptzolamtes, die Verlegung der Sonntags-Dienststunden für das Paketpostamt 10 betreffend; Bericht des Reichsausschusses über das Ergebnis der Umfrage, Fehlung der Textilmesse betreffend.

Zur Aufklärung. Die auch von uns erwähnte Erklärung dreier angeblich mazedonischen Serben im Leipziger Tageblatt an Prof. Dr. Weigand ist, wie jetzt festgestellt wird, auf eine Mystifikation berechnet gewesen. Die Erklärung stammt nicht von drei Studenten, sondern von dem hiesigen türkischen Zuckerbäcker Georg Milan, seinem 15jährigen Sohne und dem Gehilfen Sotir Kojare.

Im Asyl für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 22. bis 29. Januar 504 Personen vor, von denen 496 aufgenommen, 8 zurückgewiesen wurden.

Ein schweres Unglück traf heute morgen in der Blumenstraße zur Wohlis eine 20jährige Fabrikarbeiterin. Auf ihrem Wege zur Arbeitsstätte wurde das Mädchen von einem Droschkenfahrer umgerissen, überfahren und durch Hufstöße des Pferdes schwer verletzt. Bewußtlos wurde die Verunglückte mittels Krankenwagens ins städtische Krankenhaus gebracht.

Unfälle. Am Sonnabend nachmittag versprang in einer Fabrik in Eutritzsch ein 50 Centner schwerer Schleifstein. Ein an ihm arbeitender Schleifer wurde durch einen Schlag an den rechten Oberschenkel leicht verletzt. — Der 17 Jahre alte Arbeiter Emanuel S. aus Schönefeld verletzte sich während seiner Arbeit in der Wollkammerei beim Spielen mit dem Messer daran an der Brust, daß er wegen dieser Verletzung fogleich dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Selbstmord beging am Sonnabend vormittag ein 54 Jahre alter Schuhmacher. Er erhängte sich in seiner Wohnung in der Theatergasse.

Ueber die Karlsbader Zuweilendiebe schreibt die Gerichtszeitung: Wie erinnertlich, wurde im September vorigen Jahres auf

Requisition der Wiener Polizeidirektion das Ehepaar Rudolf und Katharina Krause in Leipzig als die Urheber eines großen Zuweilendiebstahls verhaftet; das Ehepaar wurde beschuldigt, in Karlsbad, wofür es sich unter dem Namen Pietrowsky ausbietet, dem Juwelier Dobrowsky Pretiosen im Werte von mehr als 40000 Gulden gestohlen zu haben. Dem Krausepaar fallen auch mehrere in Wien verübte Betrügereien, namentlich durch Erhaltung einer förmlichen Briefbriefabrik, zur Last. Allein trotzdem können die beiden Verbrecher weder nach Karlsbad, noch nach Wien ausgeliefert werden, da sie hier, wo sie verhaftet wurden, auch verbleiben müssen, denn es fallen dem Ehepaare auch einige in Deutschland verübte Diebstahle und Betrügereien zur Last, derenwegen sie sich vorerst hier zu verantworten haben. Rudolf Krause hat sich irrtümlich gestellt und seine Gattin verweigert jede Auskunft, so daß die Untersuchung sich sehr schwierig gestaltete und die Untersuchungsbehörde auf die Vermehrungen in Wien, Karlsbad und in jenen deutschen Städten, in welchen das Ehepaar sich aufgehalten hatte, angewiesen war. Bemerkenswert ist, daß nach den Erhebungen des hiesigen Gerichtes Katharina Krause vor mehreren Jahren Anstrengungen machte, als — Naive aus Raimundtheater in Wien zu kommen. Trotzdem ihr damaliger Pächter sich energisch für sie verwendete, wurde nichts aus dem Engagement und den Wienern blieb dieser Kunstgenuß verlag.

Vom Reichstage.

ooo. Militärgerichtskommission. Sitzung vom 29. Januar. Die Kommission setzt die Beratung bei § 227 (Beschlagnahme, Durchsuchung) fort. Das Centrum beantragt hierzu die Einhaltung von 3 Paragraphen, die die Beschlagnahme, Durchsuchung etc. bestimmenden Beschränkungen unterwerfen sollen. Die Militärverwaltung widerspricht diesen Vorschlägen, da sie keinen praktischen Wert hätten. Gröber weist nach und begründet eingehend die Centrumsanträge. Sie werden schließlich angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, Centrum und der freisinnige Abg. Mundt.

Die Kommission geht zur Beratung des Abschnitts: Abschluß des Ermittlungsverfahrens, Erhebung der Anklage über. Bei § 284 (Entscheidung des Gerichtsherrn, ob der Beschuldigte außer Verfolgung zu setzen oder gegen ihn einzuschreiten sei) stellt das Centrum den Antrag, den Absatz 2 dieses Paragraphen, der lautet: „Die Verfügung ist vom Gerichtsherrn allein zu erlassen“, zu streichen. Der Antrag wird angenommen. Dem § 285 will das Centrum folgende Fassung geben: Wird die Verfolgung eingestellt, so ist der Beschuldigte hierin in Kenntnis zu setzen, sofern er im Laufe des Ermittlungsverfahrens unter der Anschuldigung einer bestimmten strafbaren Handlung verantwortlich vernommen oder gegen ihn ein Steckbrief erlassen worden war. Die Kommission erhebt den Antrag zum Beschluß. Auch bei § 286 schlägt das Centrum Abänderung dahingehend vor, daß, wenn der Antragsteller auch zugleich der Verletzte ist, ihm bei einem ablehnenden Bescheid nicht nur die Beschwerde an den höheren Gerichtsherrn zuzustellen soll, sondern er gegen dessen ablehnenden Bescheid binnen 14 Tagen Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen kann. Die Militärverwaltung will natürlich hier von einer besseren Garantie der Rechtspflege auch nichts wissen und erklärt sich gegen die beschlossene Abänderung. Die Kommission nimmt trotzdem den Antrag an und bestimmt, daß die gerichtliche Entscheidunginstanz das Reichsmilitärgericht ist.

Im § 240 ist nach dem Entwurfe vorgesehen: Fallen dem Beschuldigten nach dem Ergebnis des Ermittlungsverfahrens mehrere strafbare Handlungen zur Last und erscheint für die Strafzumessung die Feststellung des einen oder des anderen Straffalles unwesentlich, so kann der Gerichtsherr in Ansehung eines solchen bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die anderen Fälle von einer Anklage absehen. Diese letztere Bestimmung will das Centrum gestrichen wissen, der Antrag wird angenommen. Bei § 243 wird beschloffen, daß dem Beschuldigten zu eröffnen ist, daß ihm die Verfügung zusteht, Anträge in Bezug auf seine Verteidigung zu stellen. Ferner, daß in kriegsgerichtlichen Fällen dem Beschuldigten eine Abschrift der Anklageschrift mitgeteilt werden soll; dasselbe soll auch auf Verlangen des Beschuldigten in standgerichtlichen Fällen geschehen. Im § 253 ist die gesetzliche Frist zur Bekanntgabe der stattfindenden Verhandlung bei Standgerichten auf den vorhergehenden Tag (1), bei den anderen Gerichten auf 8 Tage festgesetzt. Gröber beantragt, die Fristen auf drei Tage und eine Woche auszuweihen. Aus „militärdienstlichen“ Rücksichten wird von Seiten der Militärverwaltung auch diese minimale Verbesserung bekämpft. Die Kommission beschließt aber nach dem Antrage Gröber.

Der § 257 handelt von der Ladung der Zeugen und Sachverständigen etc. Nach dem Entwurfe soll eine selbständige Ladung von Zeugen etc. nicht möglich sein. Der Gerichtsherr soll hier allein entscheiden! Auch ein Rechtsmittel gegen die Abänderungen des Gerichtsherrn steht dem Angeklagten nicht zu. Ein Antrag Gröber will Rechtsbeschwerde an den höheren Gerichtsherrn zulassen. Der Antrag wird angenommen.

Der fünfte Abschnitt handelt von der Hauptverhandlung. § 261 bestimmt, daß die Verhandlung in Abwesenheit des Gerichtsherrn stattfinden. Diefem Paragraphen wird zugestimmt. Bei § 268 (Entbindung des Angeklagten von dem Erscheinen in der Hauptverhandlung) wird bestimmt, daß, insoweit die Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht ohne Anwesenheit des Angeklagten stattfinden kann, letzterer befugt ist, sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter vertreten lassen zu können. § 270 handelt von der Oeffentlichkeit der Verhandlung. Das Centrum und die Sozialdemokraten beantragen Streichung des Absatzes 2 von § 270. (Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen der Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Disziplin zu erfolgen hat, bestimmt der Kaiser.) Die Sozialdemokraten beantragen im Anschluß an § 189 der bayerischen Militärstrafgerichtsordnung im Falle des Ausschusses der Oeffentlichkeit aus militärdienstlichem Interesse die unbedingte Zulassung des Verletzten und auf Wunsch des Angeklagten auch noch drei Verwandte, Verschwägerter oder Freunde.

Der Kriegsminister v. Goller erklärt, daß die Frage der Oeffentlichkeit auch bei den Vorberatungen eine äußerst wichtige Rolle gespielt hätte, der deutsche Kaiser habe sich für die volle Oeffentlichkeit ausgesprochen, obwohl die Gutachten der Oberkommandos sich aus militärdienstlichen Gründen gegen die Oeffentlichkeit erklärt hätten. Der Kaiser habe seine Ansicht dennoch beibehalten, dagegen aber verschiedene Vorschläge, die eine Einschränkung der Oeffentlichkeit bezwecken wollten, verworfen. Hieran knüpfte sich die Frage, wie die Oeffentlichkeit praktisch zu handhaben sei, und wurde in diesem Falle darauf hingewiesen, daß das kaiserliche Recht, zu dem Gesetzesentwurf Ausführungsbestimmungen zu geben, unbeschränkt sei. Auch in Bayern werde die Oeffentlichkeit durch Vollzugsbestimmungen durchgeführt. Die Vorschriften des Entwurfs beschränke den Kaiser nun darauf, nur die Voraussetzungen für den Ausschluß der Oeffentlichkeit aus dem Gesichtspunkt der Disziplin zu erfüllen. Der Kaiser betrachte es als eine seiner unwürdigen Annahme, an seinen Werken zu zweifeln. Wenn einmal die Oeffentlichkeit zugestanden sei, so wolle man sie nicht wieder auf Unwegen aufheben.

Dr. Bleber ist durch diese Erklärungen in seinen wesentlichsten Bedenken gegen die Vorlage befestigt worden! Man müsse eine Fassung zur Verständigung suchen. Nachdem der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde, wird die Weiterberatung auf nächsten Donnerstag vertagt.

Aus der Partei.

Redakteur Stenzel vom Hamburger Echo tritt heute auf der Raboldenwache in Hamburg die achtmonatige Gefängnisstrafe, die

ihm wegen Beleidigung des Königs Leopold-Cleopold getroffen hat, an. Wenn heute Stenzel seine Haft antritt, begrüßen ihn nicht nur die Sympathien des Proletariats, sondern auch die Teilnahme des ganzen politischen Welt, die nach Rückgrat hat.

Von Nah und Fern.

Unglück in der Kirche. Journal (Provinz Neuenau in Belgien), 30. Januar. Vom der hiesigen Kathedrale stürzte während des Gottesdienstes ein Gallerieeil herab; eine Person wurde getötet, fünf schwer verletzt. Aus dem Senkungsgebiete.

Gästeben, 30. Januar. Hier hat die Polizei die Räumung zweier im Senkungsgebiete gelegenen Gasthöfe angeordnet.

Veranstaltungskalender.

Montag: Metzlarbeiter. Vereinsfesthalle in Lindenau. Abends halb 8 Uhr. Schuhmacher. Arbeiter Hof, Wilmshäuserstraße. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Stellungnahme zur Centralverammlung. 2. Aufstellung und event. Wahl eines Delegierten. 3. Das Verhalten der Arbeiter in den Schiffsfabriken von Bielefeld u. Bielefeld. 4. Generalitätliche. Central-Krankenkassen und Verbandsfrage der Buchbinder etc. (Veranstaltung Halle Leipzig.) Restaurant Johannisbad, Schulstraße. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Beschluß und Resolutionsentwurf. 2. Verschiedenes. Dienstag: Handarbeiter. Arbeiter Hof, Wilmshäuserstraße 11. Abends 8 Uhr. T. D.: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit spec. Bezugnahme auf die Maurer-Resolution. Referent: Genosse Poppe. 2. Gewerkschaftliche. Maurer. Felsenkeller, Wilmshäuserstraße 7. T. D.: 1. Bericht über die am 21. Januar stattgehabene Verhandlung mit den Vertretern vom Bauarbeiter-Verband. 2. Junner Berufungsgegenstände.

Letzte Nachrichten.

Die demokratische Republik Venezuela, ein Föderativstaat, hat ihre Zahlungen eingestellt. Wolffs Telegraphen-Bureau meldet darüber: „Der Rat der Bondholders der venezuelanischen Anleihen hat von seinen Agenten in Caracas die Mitteilung erhalten, daß sie ihm für die am 26. d. M. fälligen Kupons der konsolidierten Schuld Venezuelas keine Zahlung machen könnten, weil sie von der Regierung nicht die nötigen Fonds erhalten hätten.“

Die Berliner Diskontogesellschaft hat ihrer Zeit zur Ablösung der von der Regierung eingegangenen Eisenbahn-Garantien Obligationen erhalten. Die Herren Hansmann und Ruffel werden den Schaden tragen können.

Die öffentliche Schuld Venezuelas betrug am 1. Juli 1897 121076808 Pesos nacionales (1 Peso = 4.35 Reichsmark), die Ausgaben für Zinsen 4876617 Pesos, für Tilgung 1066774 Pesos. Also ein Krach mit über einer halben Milliarde Mark!

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 31. Januar: 30. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot). In Behandlung. Komödie in 3 Akten von Max Dreyer. Regie: Ober-Regisseur Adler. Verlobt Michener, Dr. med. praktischer Arzt. Dr. Zaeger. Elisabeth Weigel, Dr. med. Fr. Brand. Christian Osterich, ihr Onkel, alter Schiffskapitän. Dr. Ernst Müller. Frau Steuererrat Bornemann. Fr. Buse. Marie, ihre Tochter. Fr. Ebba Laue. Edith Schwan. Fr. Friele. Frau Volzenbühl. Fr. Weigel. Ferdinand Sauter, Großkaufmann, schwedischer Vicekonsul. Br. Stephan. Bauunternehmer Jungen. Dr. Gut. Frau Jungen. Fr. Kunyckmann. Frau Unterpächter Brümse. Fr. Schröder. Frau Krohn, Aufsichterin bei Elisabeth. Fr. Bauerbach. Ort: Eine kleine pommerische Hafenstadt. Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 10 Uhr. Schauspieler-Preise. Viller-Verkauf an der Tagesstätte von 10 (Sonn- u. Festtagen von 10/16) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pf.) von 1-3 Uhr. Spielplan: Dienstag: Der Rattenfänger von Hameln. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Die beiden Schützen. Anfang 7/8 Uhr. — Donnerstag: Don Carlos. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Der Streif der Schmiehe. Hierauf: Das wilde Schwein. Zum Schluß: Spanisches Balletdivertissement. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: In Behandlung. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag den 31. Januar.

Eine tolle Nacht.

Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Jul. Freund und W. Mannsd. Musik von Jul. Einödhofer. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer. Florian Meyer, Insektenpulverfabrikant. Fr. Brand. Therese, seine Frau. Fr. Waldorf. Margot Olschinda, Kunstretierin. Fr. Linda. Odoardo Bonaventura, Kanonensoldat. Fr. Felne. Neddy Lindemann. Fr. Schäffer. Felix von Wredly. Fr. Bauerberger. Theodor Wusch, Wirtshändler. Fr. Searle. Ann. Fr. Böhle. Verli. Fr. Klerwin I. Emil. Fr. Klerwin II. Doll. Fr. Georges. Müller. Mitglieder eines Turnvereins. Fr. Wad. Haberbühl. Polizeiwachtmelder. Fr. Winkler. Legnitschi, Polizeiwachtmelder. Fr. Ortelner. Bunte, Schutzmann. Fr. Schröder. Madame Weier. Fr. Proft. Regisseur. Fr. Unger. Oraf, Preklinger. Fr. Ortelner. Ehing-jun-he, Chinese. Fr. Pocal. Herr von Blowitz. Fr. Bogdan. Ballisadentanz. Fr. Thiele. Lattenfröhe. Gauner. Fr. Felsel. Adella, Gaunerin. Fr. Kunyckmann. Franz, Oberkellner. Fr. Keller. Fritz, Piacolo. Fr. Reinhold. Ein Feltungsverkäufer. Fr. Renner. Ein Wummler. Fr. Kallisch. Ein Kellner. Fr. Renner. Eine Waderobidire. Fr. Renner. Zwei Schulknechte. Fr. Schömann. Eine Akrobatin. Fr. Danisch, Dieb. Eine Volk. Militär. Clowns. Diensthelfer. Schupfente. Wendenbühnen. Seltzingerin. Valtens. Straßensänger. Bettelantreiber. Nach dem 2. und 3. Bild finden längere Pausen statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Geiv. Preise. Viller-Verf. a. d. Tagesstätte v. 10 (Sonn- u. Festt. 10/16) bis 3 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (m. Aufg. v. 80 Pf.) v. 1-3 Uhr. Spielplan: Dienstag: Jugenfreunde. Anfang 7/8 Uhr. — Mittwoch: Klein-Däumling. Anfang nachm. 3 Uhr. — Weh bew. der Welt! (Galbe Preise). Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Der Liebesgott. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Hans Hudelein. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Die Fiedermaud. Anfang 7/8 Uhr.

Küchenzettel der ködlichen Speiseanstalten.

Dienstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Nudeln mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Friedenstraße): Kartoffeln mit Schapfenfleisch.

Stets frisch gerösteten

Kaffee

gut und kräftig schmeckend,
à Pfund 80 und 90 Pfg.,
besonders beachtenswert:

Java-Mischungen:

fein und kräftig

à Pfund 100 u. 120 Pfg.

Perl-Mischungen:

à Pfund 120 u. 160 Pfg.
Gerne empfehle ich meine, aus
den edelsten Rohstoffen zusammen-
gestellten

Special-Mischungen

à Pfund 140, 160, 180, 200 Pfg.
Gemahlene weißen

Zucker

à Pfund 24 Pfg.

Familien-Würfelzucker

à Pfund 30 Pfg.

Radbruch-Schmalz

das ergiebigste, best raffinierte,
garantiert reine Schweineschmalz

à Pfd. 45 Pfg., bei 5 Pfd. à 44 Pfg.

Kokosnussbutter Ia

à Pfd. 65 Pfg., 5 Pfd. 3 Mk.

Holl. Margarine

bekannt gute Qualität
in 1 Pfd. □-Stücken à 50 Pfg.

Syrup

goldgelb, in bekannter Güte
à Pfund 16 Pf.
1 L.-Glasbott. = 3 Pfd. = 60 Pf. inkl. B.

Patent-Rübensaft

à Pfund 18 Pfg.

derf. unterscheidet sich von gewöhnlichem
Rübensaft durch einen besonders reinen
und kräftigen Wohlgeschmack.

Ia Rübensaft

mit Fruchtgeschm. à 1 Pfd. D. = 32 Pfg.

Ia Rheumisch Apfelkraut

à Pfd. 50 Pfg.

**Ia garantiert reine
Himbeer-Marmelade**

à Pfd. 60 Pfg.

**Ia gemischte
Himbeer-Marmelade**

à Pfd. 30 Pfg.

Ia Türkisches Pflaumenmus

à Pfd. 25 Pfg., bei 5 Pfd. à 20 Pfg.

Ia Zucker-Honig

à Pfd. 45 Pfg., bei 5 Pfd. à 40 Pfg.

**Heidelbeeren } hochfeines
Breibelbeeren } Comp. m. Zucker**

à Pfd. 40 Pfg.

Gelegenheitskauf!

Schnittbohnen

à 2 Pfd. Dose 28 Pfg.

bei 5 Dosen à 28 Pfg.

**Niederländischer
Speise-Leinöl und
Speise-Rüböl**

stets frisch und in feinsten Qualitäten.

4 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

5 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

6 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

7 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

8 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

9 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

10 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

11 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

12 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

13 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

14 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

15 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

16 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

17 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

18 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

19 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

20 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

21 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

22 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

23 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

24 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

25 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

26 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

27 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

28 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

29 Pfd. Karolinen-Reis 1 Mk.

Katharinen-
strasse 16

Messow & Co.

Katharinen-
strasse 16.

**Nur
für 4 Tage gültig.
Ausnahme-Preise**

Dienstag den 1., Mittwoch den 2. Februar,
Donnerstag den 3., Freitag den 4. Februar.



Diese Preise gelten nur für diese 4 Tage.

- Stickerelkräuschen,** schmal und breit Stück 9 u. 17 Pfg.
- Kinderwagendecken,** Musskrift „Mein Liebling“ 98 „
- Wirtschaftsschürzen** mit Bah und Tragen, einladende Neuzelt 96 „
- Athletensocken,** bekannte und beliebte Marke Paar 42 „
- Diplomaten** in Seide, hell und dunkel, modern 38, 50 „
- Regattes** mit und ohne Band, elegant 75, 80, 90, 100 „
- Damen-Korsette,** große Leistungsfähigkeit Stück 125, 135 „
- Hemdenbarchent,** 3 Meter-Abschnitte, für 90 u. 100 „
- Frauenstrümpfe,** 2x2 gestrickt Paar 80 „
- Kinderkleidchen,** gestrickt, in Wolle mit Schnur u. Quaste 75 „
- Gardinenreste,** 2-2 1/2 Meter Länge, in creme u. weiß, Rest 42 „
- Barchent-Frauenhemden,** lang, mit Spitze 90 u. 95 „
- Korsettschoner** imit. Seide Stück 68 „
- Perlbesätze** in allen Farben Meter 10 „
- Perlbesätze,** schwarz Meter 7 „
- Kleiderbesätze** in allen Farben, statt 30 u. 40 Pfg. Meter 5 u. 7 „
- Normalhemden,** groß, „schwere Ware“ Stück 105 „
- Kinderschürzen** mit Bah und Tragen 56 „
- Abgepasste Portieren,** 3 Meter Länge Paar 260 „
- Rockmoiré,** 100 Centimeter breit, schwarz und grau Meter 37 „
- Rockmoiré,** 80 Centimeter breit, schwarz und grau Meter 24 „

Morgen Dienstag Schlachtfest.
Lindenau, Marktstraße 3.

Hermann Lorenz.

Das beste Universalfutter für Insektenfresser. Vögel sowie Universal-Kraut- u. Singvögel f. Kanarien, geflügelt geschützt, empf. Max Kraft, Poststraße 18.

Käufe und Verkäufe.

Billige, dauerhafte Möbel verkauft
Schade, Lindenau, Marienstr. 28.
2 Dr. rot-rosegelb. Geb. Venen 18 1/2 u. 22 Mk. z. vert. Margaretenstr. 6, r. Str. III. m.

Möbel neu u. geb., Spiegel u. Polsterwaren, Federbetten, neu u. geb., jed. Art empf. bill. J. Hörtzsch, Nürnberg Str. 54, u. r.

3 Geb. Betten mit höhn. Federn, 10,50, 13, 18 Mk. Berl. Str. 10, p.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren kauft man solid und billig bei **Edward Walther, Lindenau, Merseb. Str. 48.**

Billig zu verkauf. Kinderbettstelle, verstellb. Kinderst., Hochbaur, Eichhörnch., Mäusel., Wellenfitt., Nist., Säulenst., Dammst. 2, III. r.

Miedersekt., Sofa, Kommode, Weissk. Matr. bill. zu verkauf. Al. Fleischerg. 26, I. l.

Ein Krählig. Handwagen billig zu verkaufen. Lindenau, Weststr. 43, II. l.

Wagen für 10 Mk. zu verkaufen. Zu ertrag. Neubitz, Josephinenstr. 7, Laden.

Ein gut erhaltener Strywagen zu verkaufen. Marktäckelhof 29, IV. l.

Ein Strywagen billig zu verkaufen. L. Thonberg, Reichenhauer Str. 77, I. l.

Gut erhalt. Kinderwagen zu verkaufen. Wohlst., Schachtelstraße 2, III. l.

Ein g. erhalt. Damenjackett ist zu verkauf. Plagwitz, Merseburger Str. 1, Hof II. W.

Blasbalg, gebraucht, bill. zu verkaufen. Wohlst., Georgstr. 23, I. l.

Mavier-Automat m. 65 Noten (wie neu) bill. z. vert. Connewitz, Leopoldstr. 5, p. r.

Schönes □ Aquarium mit Fontaine bill. zu verkaufen. Kochstr. 16, S. III. r.

Ein Vogel mit Bauer u. 1 neuer Kinderstuhl zu verkauf. Melanchthonstr. 2, II. r.

Gut erhalt. best. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Off. a. Wächter, Waldstr. 36, Gbg. I.

Ein s. wenig. geb. roibr. Sofa zu kaufen gef. B. Dehm, Lindenau, Marienstr. 1, I. v.

Frdl. Schlafstelle f. anst. Wädchen sof. zu verm. Lindenau, Demmeringstr. 74, III. r.

Schlafstelle zu vermieten. Lindenau, Hermannstr. 26, II. 198.

Frdl. möbl. helzb. Zimmer f. anst. Herrn zu vermiet. Schlenzig, Deferstraße 29, III. r.

Möbl. Zimmer billig zu vermieten. Plagwitz, Braustraße 49, II. r.

Anst. Wädchen findet gute Schlafstelle Friedrich Witzstraße 12, Hof I.

2 fenstr. leere Stube in 8. Etage zu verm. Näh. Kleinzschocher, Rudolfsstraße 80, p.

Reere Stube im Osten gesucht. Offert-Ninger-Crottendorf, Gartenstraße 4, p. l.

Vermischte Anzeigen.

Schönefeld. C. Hut verloren, geg. W. Gräbner. Abzug. Sächsischer Hof.

Junger schwarz und brauner Hund, Steuerzeichen 6818, verlaufen. S. Bel. abg. Neufelderhausen, Burgener Str. 68.

Einige Herren möchten nächsten-Mittwoch einen humoristischen Verein gründen. Sollten Herren gesonnen sein, dem Vereine beizutreten, werden höflichst gebeten, sich Mittwoch den 2. Februar abends 8 Uhr im **Restaurant Feldschlösschen** einzufinden.

Lindenau, Merseburger u. Karl Heine-Str. Ecke.

Karl Morenz.

Ein tüchtiger Glasschleifer

Besonders geübt auf **Facetten**, wieh nach **Breslau** bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Offert. unter **R. W. 165 an Haasenfein & Vogler, K.-G., Breslau.** [649]

Fliegige, intelligente Leute werden von einem großartig organisierten volkswirtschaftlichen Unternehmen bei hoher Provision — event. Stipendium — gesucht. [847]

Off. u. K. W. 100 Mittelstr. 6 erb. Gesucht ein Wädchen zu leichter Näharbeit Nordstraße 26, IV. links.

Bureau Lipsia 8 Grimmaische Str. 8 besorgt Patente, Gebr.-Muster, Markenschutz, unter günstigsten Zahlungsbedingungen.

Ein Damen-Waschanzug zu verkaufen Peterssteinweg 14, 4 Tr.

1 schön. Herren-Charakter-Waschkostüm sehr billig zu verlei. Webergasse 12b, III. r.

Elegante Damenmaske verleiht, f. r. p. Figur, Neudorfstr. 70, IV. l.

Strümpfe werden neu u. angestrickt Bergstraße 15, IV. Peterhof.

Wäsche, Plätten, f. w. Wäscheherren w. angen. Volkmarzdorf, Konradstr. 63, III.

Frack- u. Gesellschafts-Anzüge verleiht **Et. Thiele, Lauchaer Str. 10.**

RECHTSRAT, Klagen, Anwaltsangelegenheiten, Eingaben etc. von erf. Juristen. Moritzstr. 2, pt. Sprechst. 9-12, 3-6.

Frau B. Meerheim, Hebamme **L. Seltzer,** Wurzener Str. 111, Turmhalle.

Familienanzeigen.

Herrn Moritz Haupt gratuliert zu sein. 48. Geburtstag **W. B. D. S.**

Wir gratulieren nachträglich Froberg zum 34. Geburtstag. **M. R. J.**

Wilhelm Schuppe gratuliert zum Geburtstag **W.**

Ernst Voigt gratuliert zum Geburtstag. **Kun. rate mal.**

Unserem w. Fr. K. Schunke die herzgl. Glückwünsche z. heut. Tage. **Einige L.**

Dank.

Für den reichen Blumenschmuck bei dem Begräbnisse meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter, sagen wir allen Kollegen und Kolleginnen sowie Freunden und Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank.

Familie Leichmann und Radelt.

Todesanzeige.

Heute früh verschied infolge Herzschlages am Sterbelager seiner Frau, welche selbigen Abend 1/9 Uhr ebenfalls verschieden ist, unser treuer Kollege **Friedr. Robert Richter**

im 41. Lebensjahre. Er war uns stets ein treuer Kollege und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Leipzig, den 29. Januar 1898.** [810]

Die Kollegen der Klavierfabrik Dethlefs & Co. Die Beerdigung erfolgt Dienstag den 1. Februar vormittags 9 Uhr von der Halle des Südfriedhofes aus.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter **Anna Melanie Pachman**

im Alter von 19 Jahren 2 Mon. 2 Tagen nach langem, schwerem Leiden im Krankenhanse zu St. Jakob am 29. Januar früh 6 Uhr gestorben ist. Dies zeigen tiefbetribt an **Joseph und Wilhelmine Pachman.** Die Beerdigung findet Dienstag den 1. Februar vorm. punkt 11 Uhr vom Trauerhanse, Plagwitz, Elisabeth-Allee 59, aus statt.

Den Legiarbeiterinnen und Arbeiterinnen zur Nachricht, daß das Einzelmitglied des Verbandes deutscher Legiarbeiter, Fräulein **Anna Pachman** nach längerem Leiden entschlafen ist. Sie war ein eifriges und treues Mitglied des Verbandes. Die Legiarbeiter Leipzigs bewahren ihr ein treues Andenken. [808]

Die Beerdigung findet morgen Dienstag vormittags 11 Uhr vom Trauerhanse, L. Plagwitz, Elisabeth-Allee 59, aus statt. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. **Der Vertrauensmann.**

Unser. ied. Vater Gustav, bitte die best. Wünsche z. heutigen Tage **H. u. E.**

Frau Elise Schmidt soll leben. **Z.**

Frau Elise Schmidt soll leben. **M.**

Todesanzeige.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß heute Nacht 1/1 Uhr unser gutes **Hannchen**

an den Folgen einer schweren Lungenentzündung im Alter von 8 Jahr. 8 Mon. gestorben ist. Um stilles Beileid bitten **Neuschönefeld, den 31. Jan. 1898.**

Hermann Behold und Frau nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere lieben Eltern, unser Bruder und Schwäger, unser Schwager und Schwägerin **Robert Richter und Alwine Richter geb. Kirst**

er plötzlich und unerwartet am Herzschlag, sie nach langem, schwerem Leiden verschieden sind.

Die trauernden Hinterbliebenen. Leipzig, Lindenau.

Die Beerdigung beider findet Dienstag den 1. Febr. vorm. 9 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Todesanzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter **Anna Melanie Pachman**

im Alter von 19 Jahren 2 Mon. 2 Tagen nach langem, schwerem Leiden im Krankenhanse zu St. Jakob am 29. Januar früh 6 Uhr gestorben ist. Dies zeigen tiefbetribt an **Joseph und Wilhelmine Pachman.** Die Beerdigung findet Dienstag den 1. Februar vorm. punkt 11 Uhr vom Trauerhanse, Plagwitz, Elisabeth-Allee 59, aus statt.

Todes-Anzeige.

Den Legiarbeiterinnen und Arbeiterinnen zur Nachricht, daß das Einzelmitglied des Verbandes deutscher Legiarbeiter, Fräulein **Anna Pachman**

nach längerem Leiden entschlafen ist. Sie war ein eifriges und treues Mitglied des Verbandes. Die Legiarbeiter Leipzigs bewahren ihr ein treues Andenken. [808]

Die Beerdigung findet morgen Dienstag vormittags 11 Uhr vom Trauerhanse, L. Plagwitz, Elisabeth-Allee 59, aus statt. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. **Der Vertrauensmann.**

Albin Reichel
13 Gerberstrasse 13.
Reudnitz: gegenüber der Kirche.
Gohlis: neben dem Schiller-Schloßchen.
Dollitzsch: Breitestraße. [736]

Schweiz.

Ein „Kämpfer“ gegen die Eisenbahnverstaatlichung.

ab. Zürich, 29. Januar. Die Rückkaufgegner scheuen — sie haben's ja — keine Kosten. Der Kandidat für den Gouverneurposten auf Kreta, Herr Bundesrat Numa Droz, der sich immer mehr als politischer Commis des Großkapitals entpuppt, hat in den Kampf um die Eisenbahnverstaatlichung auch seinen Speer getragen.

Er schrieb eine Broschüre gegen den Rückkauf, in der er alles mögliche Altweibergezwäg sorgsam zusammentrug und mit diesem gesammelten Geschwäg dem grenzlischen Tier — der drohenden Verstaatlichung — zu Leibe ging. Diese Broschüre des Herrn Droz wird nun — aus purem idealen Interesse für die Volkswohlfahrt natürlich! — an jeden stimmberechtigten Schweizerbürger gratis versandt. Fatal ist freilich, daß die Freunde des Rückkaufs in der Presse ihm eine Menge größter Lächerlichkeiten und positiver Unrichtigkeiten nachgewiesen haben. So hat Herr Droz — um nur ein Blüthen aus dem Strauße zu pflücken — berechnet, daß 500000 Franken Zinsen bei einer Verzinsung zu 3 1/2 Prozent einem Kapital von 17500000 Franken entsprechen, während jeder Schüler ausrechnen kann, daß die Kapitalsumme 14285715 Franken beträgt. Ein würdiger Kämpfer, nicht wahr?

Frankreich.

Der Faustkampf in der Kammer. — Schulbuben als „Demonstranten“.

Paris, 29. Januar. Die Kommission der Deputierten-Kammer, die den Antrag auf Strafverfolgung gegen Bernis und Gérauld-Richard wegen der Vorfälle vom letzten Sonnabend zu prüfen hatte, hat sich einmütig gegen die Verfolgung der genannten ausgesprochen.

Bei Gelegenheit des Festes zu Ehren Karls des Großen scharten sich einige Hunderte Gymnasiasten nachmittags hinter der Madeleinekirche zusammen, um gegen Jola eine Kundgebung zu veranstalten. Sie wurden von der Polizei zerstreut. Ungefähr dreißig wurden verhaftet, weil sie sich weigerten weiterzugehen.

Großbritannien.

Der Kampf um den Londoner Grafschaftsrat.

London, 29. Januar. Der Redefeldzug zur Einleitung des Wahlkampfes um den Londoner Grafschaftsrat, der in den ersten Tagen des März erneuert wird, hat bereits allen Ernstes begonnen und hüben wie drüben rüffet man sich für die Schlacht an den Urnen, die über das Bestehen der seit neun Jahren amtierenden Behörde entscheiden muß. Der Rat wird nämlich alle drei Jahre erneuert, aber einige sehr unkluge, um nicht zu sagen unverschämte Auslassungen des Ministerpräsidenten Salisbury, der den durch seine diplomatischen Mißerfolge erregten Unmut an irgend etwas anlassen muß und den ihm verhassten Londoner Grafschaftsrat längst zur bequemsten Zielscheibe seines Spottes erkoren hat, haben das Wohlwollen für die Campaigne abgegeben. Der Chef der Regierung hat sich bemüht gesehen, die Mitglieder der Londoner Verwaltungsbehörde als Diebe zu bezeichnen, weil sie die Londoner Wasser-gesellschaften, die ihren Pflichten dem Publikum gegenüber nur soweit nachkommen, als die Interessen der Aktionäre es erlauben, aufkaufen und nicht mehr für dieses Monopol zahlen wollen, als es wert ist. Zwar hat der edle Lord diese grobe Bemerkung im Kreis seiner Wächter gethan, denen er aus Herz legte, den Sendlingen des Londoner Grafschaftsrates kurzen Prozeß zu machen, wenn sie ihnen über den Kopf laufen sollten. Aber das Wort entspricht in jeder Beziehung dem Geist, der Lord Salisbury befeht.

Im Grafschaftsrat sind die beiden Parteien zur Zeit gleich stark. Aber von einem Zusammenarbeiten ist keine Rede. Während die Liberalen den Ausbau der Verwaltung in fortschrittlichem Sinn zum Westen der Allgemeinheit sich zum Ziel gesetzt haben, geben die sogenannten Moderates oder Rückschrittler nicht nur das Rad am Wagenrad ab; sie thun ihr Bestes, um den Rat selbst von innen zu zerstören und sein Gedeihen zu untergraben. Sie sind im Schoß der Verwaltungsbehörde eine politische Partei geblieben; nicht das Interesse Londons, sondern der vom Hauptquartier der Primeminister ausgehende Befehl ist für sie maßgebend. Und die Primeminister haben den Willen, daß London zerstört werden soll.

Werkwürdig ist die Stellung, die Joseph Chamberlain zu dieser Angelegenheit genommen hat. Der Herr Kolonialminister hat bekanntlich seine politischen Lehrtage in Birmingham durchgemacht, wo er vor Zeiten eine stramme Gemeindevorwaltung einführt, die in gar manchen Punkten an den Tamman-Ring in Newyork erinnert. So sorgfältig sind alle dem Chamberlainischen Regime feindlichen Elemente ansgeremert worden, daß er als Mayor ganz unumschränkter Herrscher war. Dieser municipale Alleinherrscher hat nun die Anstellung Londons in zehn Municipalitäten vorgeschlagen — aber, o weh! Nicht zehn, sondern vierzig oder mehr Quartiere haben sich gemeldet, die alle nach den von Chamberlain verheißenen municipalen Freiheiten und Rechten streben und die sich alle anmachen, um dem Ministerpräsidenten ihre Wünsche durch Abordnungen vorzulegen. Die Konservativen hoffen den Grafschaftsrat, weil er eine einheitliche Verwaltung ausübt, weil er nicht konträre bergiebt, sondern seine Arbeit, wo immer thunlich, durch seine eigenen Arbeiter ausführen läßt, weil er die Monopole abzuschaffen sucht und Mißbräuchen Diegel vorschleibt. Alles das gilt den Herren als „Sozialismus“, es ist auch Sozialismus, im eigentlichen Sinne des Wortes sind es Thaten zum Besten der Gesellschaft, der Allgemeinheit.

Eine neue handelspolitische Rede des Kolonialministers.

London, 30. Jan. In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain, die hauptsächlichste Gefahr für den britischen Handel wäre eine allmähliche Abschließung solcher Märkte, die früher für alle Welt frei gewesen wären.

Die britische Politik müsse die englischen Besitzungen verteidigen und verlangen, neue Märkte, wo immer solches möglich, zu erschließen sowie zu verhindern, daß alte Märkte zu Ungunsten Englands verschlossen oder in ausschließliche Monopole irgend eines einzelnen Staates umgewandelt würden.

Im gegenwärtigen Augenblicke schwebte eine solche Politik über dem Haupte Englands wie ein Damoklesschwert in Bestafrika und China. Mit Bezug auf die Kolonien an

der Goldküste und in Lagos sagte Chamberlain, die britischen Ansprüche auf deren Hinterland, die Großbritannien durch Verträge für genügend und zuverlässig verbürgt gehalten hätte, würden jetzt bestritten, und Landbesitzer, die Großbritannien zu seinem Eigentum gerechnet habe, würden von anderen überlaufen und überschwert. Die England anhänglichen Hauptlinge seien abgesetzt oder getödtet worden, andere wendeten sich nunmehr an England um Schutz. England blide nicht mißgünstig auf die Ausdehnung der Reichsnachbarn, es verlange nur Achtung für sein Recht.

Mit Bezug auf China wünsche England, daß, was immer für neue Vorteile dort gewonnen werden würden, sie allen in gleicher Weise offen stehen sollten. Er glaube, daß alle handels-treibenden Mächte im allgemeinen in dieser Politik übereinstimmen. England habe nicht den Wunsch, das chinesische Reich zu zerbröckeln, es wünsche vielmehr, daß die vorhandenen Verträge und Rechte aufrecht erhalten würden.

Eine neue Schluppe an der indischen Nordgrenze.

Kalkutta, 30. Januar. Nach einer hier vom General Westmacott eingegangenen Depesche geriet die vierte Brigade der englisch-indischen Truppen gestern in einem Engpasse im Afridi-Lande in einen Hinterhalt. Fünf englische Offiziere und acht Mann sind gefallen, zwei Offiziere und 17 Mann verwundet worden; weitere 17 Mann werden vermisst. Die Brigade war auf dem Wege, sich mit den übrigen Brigaden zu vereinigen, um die Eingeborenen von den Weidplätzen auf der Konjuri-Ebene zu vertreiben.

Diese Vereinigungsbewegung war, wie eine weitere Depesche meldet, von den anderen Brigaden, beinahe ohne daß sie auf Widerstand gestoßen waren, bereits durchgeführt worden.

Italien.

Rudinis Wästelpolitik.

Rom, 29. Januar. Die Regierung hat befaunlich die für Sonntag geplante römische Kundgebung gegen die Hungersteuern verboten. Die Kammermehrheit hat auf diese Brutalität ihr Siegel gedrückt, insofern sie die Mißthatige des Panaminoregiments ist. Gegen Ende der heutigen Kammer-sitzung erklärte Costa (Sozialist) gleichzeitig im Namen seiner Freunde, als der Einberufer der für morgen in Rom beabsichtigten Versammlung zu Gunsten der Abschaffung der Getreide-zölle, die Versammlung solle eine auf durchaus geseligem Boden stehende sein. (Unruhe.) Er erwarte von dem Minister des Innern die Zusicherung, daß die Versammlung stattfinden könne (Lärm), anderenfalls sei es nicht ausgeschlossen, daß andere Kundgebungen stattfinden. (Große Unruhe.)

Der Ministerpräsident di Rudini erklärte, die Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung treffe ihn und er nehme sie voll auf sich. Die Antwort, die Costa erwartete, möge er sich von dem Präfecten von Rom holen, da aber Costa „fast habe drohen wollen“, so versicherte er vor der Kammer und dem Lande, daß die Ordnung mit aller Strenge anrecht erhalten werden würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Costa erwiderte, er habe Drohungen nicht beabsichtigt. Die Polizeibehörde giebt bekannt, daß im Einvernehmen mit dem Präfecten für morgen jede Versammlung, jede Ansammlung und jede öffentliche Kundgebung verboten ist. Die Regierung hat „ausreichende Maßregeln“ getroffen zur Aufrecht-erhaltung der öffentlichen Ruhe.

Der Mordschrei der Unterdrückten wird mit dem Kolben erstickt.

Vom 30. Januar 6 Uhr abends meldet Wolffs Telegraphen-Bureau: Die Stadt bietet den gewohnten Anblick. Die Läden waren wie gewöhnlich am Sonntag bis Mittag geöffnet. Der Verkehr ist normal, als es ist ruhig. Die Truppen sind konzentriert. Der heutige Tag ist vollkommen normal verlaufen. Rom bietet bei prächtigem Wetter das gewohnte belebte Bild eines Sonntags.

In Mailand wurden am Sonntag acht sozialistische Protestversammlungen gegen die Kornzölle abgehalten.

Rußland.

„Reform“ in Polen.

Petersburg, 29. Januar. Das Ministerium des Innern hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach die polnischen Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno allgemein russische Semstwo-Organe erhalten sollen.

Die Semtwos, die „Landchaften“, sind die für die Kreis-tage und Gouvernements(Provinz)-Landtage seit 1864 gewählten Vertreter der Landchaft (Kreis) der 36 Gouvernements des europäischen Rußlands.

Nach dem Ulas von 1864 soll in die Semtwos die Bevölkerung durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter der Kreise zur Teilnahme an der Verwaltung derjenigen Geschäfte berufen werden, die sich auf die wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse jedes Gouvernements (Provinz) und Kreises beziehen. Die neue Semstwo-Ordnung vom 24. Juni 1891 räumt dem Adel und den Beamten eine hervorragende Stellung ein, schränkt den Wirkungskreis der Landchaftsinstitutionen erheblich ein und erweitert die Kontrolle der Gouverneure (der Provinz-präsidenten). Die Kreisstage setzen sich aus Vertretern des Adels, der Stadt- und Landgemeinden, die Gouvernements-landtage aus Abgeordneten der Kreisstage zusammen. Das Wahlrecht ist an ein Alter von 25 Jahren und an einen Census (Bestimmtes des Besitzes oder Geschäftsumsatzes) geknüpft. Die Vertreter der Landgemeinden werden als Kandidaten durch Wahlmänner gewählt, und aus der Zahl der Kandidaten werden die Abgeordneten vom Gouverneur bestatigt.

Die Semtwos sind lediglich zur Verwaltung der den ökonomischen Bedürfnissen dienenden Angelegenheiten bestimmt, auch sind ihnen teilweise Volkunterricht und Gesundheitspflege unterstellt.

In diesen Semtwos, die nichts sind als Ausschüsse der bestehenden Schichten unter strenger Aufsicht der Behörde, sind in erster Reihe Kaufmannskapital und Großgrundbesitz vertreten. Sobald sich liberale Ideen regen, werden die Semtwos lahmgelegt, und ihr geringer Einfluß durch den Tschin (die Bureaukratie) paralysiert.

Türkei.

Serbische Propaganda.

Aus einer von serbischen Vicekonsul W. Keliomitsch für das Schuljahr 1895/96 herausgegebenen Statistik der serbischen Schulen in türkischen Albanien und Makedonien geht hervor, daß die Zahl der serbischen Schüler dort stetig wächst,

so daß die serbische Propaganda in diesen türkischen Gebieten offenbar sehr rührig sein muß.

Er berechnet für das Vilajet Saloniki und für das Vilajet Kofsjowo die serbischen Schüler auf 157, die Schüler auf 6831 und die Lehrkräfte auf 238, was einen Zuwachs von 34 Schülern, 1447 Schülern und 65 Lehrkräften seit zwei Jahren darstellt würde. Einige dieser Schulen im Vilajet Saloniki sind allerdings noch nicht amtlich als serbische anerkannt, sondern werden als griechische gerechnet. Das hat aber nur formelle Bedeutung. Seit dem Schuljahr 1895/96 sind übrigens in der Türkei noch zahlreiche neue serbische Schulen eröffnet worden, und man wird nicht fehl gehen, wenn man heute die Zahl der serbischen Schüler in der Türkei auf mindestens 10000 schätzt.

Reichstag.

28. Sitzung, Sonnabend, den 28. Januar.

Am Bundesratsliche: Graf Potadowski.

Präsident v. Nolte eröffnet die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

Die zweite Etatsberatung wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt. Beim Kapitel Patentamt regt

Abg. Gammacher (nat.-lib.) eine Vermehrung der Beamten des Patentamtes und die Stellung der Patentanwälte unter Konzessionspflicht an.

Staatssekretär Graf Potadowski sagt die Vermehrung der Beamten im nächsten Etat für den Fall zu, daß sich auch in diesem Jahre ein steigendes Bedürfnis zeigt. Unter den Patentanwälten befinden sich allerdings Männer mit keineswegs fleckenloser Bergründlichkeit. Die Konzessionsfrage könne nicht auf dem Wege der Verwaltung, sondern nur auf dem Wege des Gesetzes geregelt werden. Dem Reichstag werde eine Vorlage zugehen.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel Patentamt bewilligt.

Zum Kapitel Reichsversicherungsamt nimmt das Wort

Abg. Mollenhuth (soj.): Von unserer Seite ist in diesem

Titel immer wieder die Frage an die Regierung gestellt worden, wie es mit den versprochenen Reformen steht, die doch durch die kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 und durch den Herrn v. Boetticher als nahe bevorstehend bezeichnet wurden. In der letzten Zeit hat man allerdings auf dem Gebiet der Krankenversicherung eine politische Thätigkeit entfaltet, allerdings eine, mit der wir uns unter keinen Umständen einverstanden erklären können, man hat den Kranken v. B. empfohlen, die hülfeleichen Schriften zu lesen. Daß der Staatssekretär diese Sachen nicht selbst gelesen hat, glauben wir schon; aber er scheint nicht nach dem Grundsatze zu handeln: Was du nicht willst, das man dir thu', das thu' auch keinem andern zu! Wir halten es auch für eine Gefühlsprobe, wenn man einem kranken Katholiken Luthers Schriften (Sehr richtig! im Centrum) oder einen frommen Patrioten (die Schriften eines Karl Heins) zu lesen giebt, aber ist es nicht ebenso eine Gefühlsprobe, wenn man einem Sozialdemokraten Schriften giebt, in denen die Sozialdemokratie aufs schwerste beleidigt und verleumdet wird? Ich weiß nicht, ob man glaubt, daß dadurch der Heilung Vorstoß geleistet wird? Kann man es verantworten, daß es vielleicht, wenn anders genannte Kranke in demselben Zimmer liegen, zu fortwährenden Diskussionen und Streitigkeiten unter ihnen kommt? Daß derartige von Seiten der Regierung gefördert wird und daß man glaubt, dadurch sein Wohlwollen für die Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, ist bezeichnend für den Geist, der sie befeht.

Es ist einmal eine Novelle ausgearbeitet worden, die aber wieder zurückgezogen wurde. Daß der Entwurf nicht wieder eingebracht worden ist, hat mein verstorbener Parteigenosse Grillenberger bereits im vorigen Jahre vorausgesagt, als seiner Paragraf geändert wurde, wodurch die Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen herabgesetzt wurde. Gegen diese Änderung hat sich speziell das Kommissionsmitglied Frhr. v. Stumm sehr scharf und wiederholt gewandt. Damals sagte Grillenberger schon: Daß' auf, wenn es ihn nicht gestugt, in der Kommission diesen Beschluß zu Fall zu bringen, dann wird er sich an die Regierung heranzumachen und seinen Willen durchsetzen. Und er hat recht behalten, Frhr. v. Stumm hat seinen Willen durchgesetzt, und dies war einer der wesentlichen Punkte, durch die die Vorlage zu Falle kam.

Der Herr Staatssekretär sagte nun zur Verteidigung der Regierungstellung, daß es vor allem darauf ankäme, den Wünschen der Beteiligten Rechnung zu tragen; er wundere sich, daß sich die Unternehmer so wenig über die Belastung beklagen, deren Willen er soweit nachkomme, daß ihre Arbeitsfreudigkeit nicht gestört wird. Die Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer wird am meisten dadurch gefördert, daß ihnen hohe Profite in Aussicht gestellt werden, und das ist wieder nur dadurch möglich, wenn man die armen Verlegten, die armen Krüppel um ihre Rente bringt. Die Unternehmer hatten bisher recht nette Erfolge bei der Geltendmachung ihrer Wünsche anzuwiesen; es wäre an der Zeit, wenn nun einmal diese Art „Arbeitsfreudigkeit“ nicht in dem Maße weiter gefördert wird, wie es bisher der Fall war. Ich will nur auf einen Umstand hinweisen: Die Volkrente wird in immer weniger Fällen bewilligt als früher. Während die Zahl der Anfälle stets steigt, und beäglich die Zahl der schweren Anfälle, die einen tödlichen Ausgang haben, sehen wir, daß die Zahl derjenigen, die Volkrente erhalten, immer weiter zurückgeht. So waren v. B. bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1890 23300 Anfälle, davon 3380 mit tödlichem Ausgange und es wurden 2386 Volkrenten gewährt. Im Jahre 1896 sind es schon 38500 Anfälle, solche mit tödlichem Ausgange 4040. Dagegen gehen die Fälle, in denen man Volkrenten bewilligt, in denselben Jahren von 2336 auf 1800, dann auf 1507, auf 1377, 856, 780 und endlich auf 595 zurück! (Gürt! hört! bei den Sozialdemokraten.) Berechnen wir die Prozentzahlen, so ergiebt sich eine Abnahme der Volkrenten im Verhältnis zu der Zahl der Verletzten von 0,49 auf 0,10 Proz., also eine Abnahme um 41%! Sollte man entgegengedenken, daß dieser Erfolg der besseren ärztlichen Behandlung zuzuschreiben ist, so müßte dies erstens bei allen Berufsgenossenschaften der Fall sein, was nicht der Fall ist, und dann besonders bei den staatlichen Verlegten, denen man doch nicht den Vorwurf machen können, daß ihre Verlegten schlechter ärztlich behandelt werden. Aber gerade in diesen bleibt die Zahl der Volkrenten mit kleinen Schwankungen konstant, in den Berufsgenossenschaften nimmt sie beständig ab. Die Ärzte tragen freilich da den Hauptteil der Schuld, aber auf diesen ruht wieder der Druck der Leitung der Berufsgenossenschaften. Zu mir sind im letzten Jahre zwei Personen gekommen, denen man die Volkrente allmählich verfürzt hatte. Der eine war ein Zimmerer, der bei einem Gerüst-einsturze einen Schädelbruch erlitten hatte und zunächst die Volkrente erhalten hatte. Bald nachher war sie ihm aber auf 75 Proz., dann auf 50 Proz. und schließlich auf 33 1/2 Proz. verfürzt worden. Der Physikus erkannte zwar an, daß der Mann nicht gehen und nicht stehen konnte, aber er hielt ihn zur leichteren Beschäftigung für befähigt und empfahl ihm, sein Brot als Cigarrenmacher zu suchen. Als ich die Daten durchsah, hätte ich, wenn die Sache nicht zu traurig gewesen wäre, beinahe gelacht. Ich sagte mir, der Mann hätte ja auch Medizin studieren können, als Arzt würde er dann viel mehr verdienen können denn als Zimmerer. Gerade für die Cigarrenmacherei ist ein gutes Nervensystem nötig, daß dem Un-glücklichen ganz zerstört war. Ich sagte mir, und wenn sich der Mann totquält, er bringt keine Cigarre zu stande.

Wenn ich in früheren Jahren über die Berufsgenossenschaften sprach, dann polemisierte immer der Abg. Köstler gegen mich und nahm sie in Schutz. Er hat dabei entschieden zu sehr verallgemeinert und von seiner eigenen Berufsgenossenschaft auf die anderen ge-

schlossen. Ja, wenn alle Berufsgenossenschaften so wären wie die Brauerei- und Mälzerei-Genossenschaft, dann wären diese Anträge unbedenklich. In der Brauerei-Genossenschaft übersteigt die Zahl der bewilligten Vollrenten die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle. In der südwestdeutschen Eisenbergbau-Genossenschaft dagegen, der Freiherr von Stumm so nahe steht, hören seit 1880 die Vollrenten fast gänzlich auf. Von 1863 Unfällen sind 200 tödlich verlaufen, aber nur in 26 Fällen ist die Vollrente zugestanden worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier kommt die Thätigkeit der Berufsgenossenschaft zum eifrigsten Ausdruck, die Renten zu verklären und damit wird die Arbeitsfreudigkeit am meisten erhöht. (Sehr gut! links.)

Ich komme nun auf den Centralverband deutscher Industrieller, dessen ganze Existenz eigentlich nichts weiter ist, als ein sorgfältiger Verstoß gegen das preussische Vereinsgesetz. (Sehr gut! links.) In seinen Mitteilungen kann man schon immer ein paar Wochen vorher die späteren Reden vom Regierungsrat lesen. (Heiterkeit links.) Die Herren vom Centralverband sind zum mindesten gute Gedankenleser der Regierungsvertreter. Jetzt wird darin über die Mehrbelastung der Industrie durch die Versicherungsgeheimnisse geredet. Ist denn diese Mehrbelastung etwa durch Abföhrung der Karenzzeit entstanden? Die Mehrkosten machen für jeden Arbeiter und jeden Arbeitstag 1/10 bis 1/20 Pfennig aus, und darum soll die ganze Industrie zu Grunde gehen. Wenn die Regierung das glaubt, muß sie sehr leichtgläubig sein; schon daß sie sich den Anschein giebt, als glaube sie es, ist traurig genug. (Sehr richtig! links.) Aber wenn es der Centralverband deutscher Industrieller sagt, dann darf kein Regierungsmann wider den heiligen Geist des Kapitalismus sündigen. (Sehr gut! links.) In der Rohisenproduktion ist der Wert des Produktes, das der einzelne Arbeiter geschaffen, in den letzten 10 Jahren um 48,6 Prozent gestiegen. Sind denn auch die Löhne in diesem Verhältnis gestiegen? (Abg. v. Stumm: Ja!) So? Dann sind die Lohnlisten gefälscht. Nach den den Berufsgenossenschaften eingereichten Lohnlisten habe der Lohn für den einzelnen Arbeiter im Jahre 1886 788 Mk. betragen und ist im Jahre 1896 auf 881 Mk., also nur um 98 Mark, gestiegen. Entweder der Lohn hat mit dem Steigen des Produktionswertes nicht Schritt gehalten oder die Lohnlisten sind gefälscht. (Sehr richtig! links.)

Die Ursachen für die ungenügenden Renten liegen in den Heilanstalten der Berufsgenossenschaften, in den sogenannten Rentenquellschen. Dort werden solche Erfolge erzielt, wie bei der südwestdeutschen Eisenbergbau-Genossenschaft. Die Arbeiter wären besser daran, wenn sie in solchen Fällen die sogenannten Wohlthaten des Versicherungsgesetzes nicht hätten und im Privatprosektwege gegen den Unternehmer klagbar werden könnten. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kommen noch nicht 3 Pfg. zu Lasten der Unternehmer auf den Arbeiter pro Tag, bei den landwirtschaftlichen noch nicht ein halber Pfennig. Dafür müssen sich die Arbeiter bei jeder vorfindenden oder unpassenden Gelegenheit die ihnen erwiesenen Wohlthaten vorwerfen lassen. Würde nicht ein Beiler, der täglich einen halben Pfennig erhält und so oft sich die Wohlthaten vorwerfen lassen muß, dem Wohlthäter den halben Pfennig vor die Füße werfen? (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Eine Reform der Versicherungsgeetze ist dringend notwendig. Schon seit Jahren ist sie von der Regierung anerkannt worden. Trotz der Prosperität der Industrie kann sie die Regierung aber gegen die Industriellen nicht durchsetzen. Vielleicht tritt jetzt eine Krise ein und da werden die Arbeiter bis zum Sanft Nimmerleinstag auf die Reform warten können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern **Boedike**: Ich muß das deutsche Unternehmertum gegen die Unterstellungen des Vorredners in Schutz nehmen. Die Zahl der Unfälle hat zwar zugenommen, aber die Zahl der schweren Unfälle ist in erfreulicher Weise in Abnahme begriffen, ebenso die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen. (Zuruf von Singer: Das hat ja Wolfenbühler eben ausgeführt.) Die Berufsgenossenschaften könnten die Renten nur dann herabdrücken, wenn die Entscheidungen nicht anfechtbar wären; das Reichsversicherungsamt ist aber stets für die Arbeiter eingetreten. Man kann die Versicherungsangelegenheit doch nicht eine Bagatelle nennen, da Millionen für sie ausgegeben werden.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Wenn die Vollrente immer seltener zur Auszahlung gelangt, so beweist doch das nur, daß die Unfallversicherungsbestimmungen besser befolgt werden als früher. Die persönlichen Angriffe des Abg. Wolfenbühler gegen mich begreife ich nicht; ich gebe seit 1869 kolossale Summen für Witwen- und Waisenversorgung; ich habe keine Zeit in der Kommission 25 Anträge gestellt, die alle die Rechte und Benefizien der Arbeiter vermehren sollten, und ein großer Teil von ihnen ist auch angenommen worden. Ueber ihre eigene Belastung müssen die Berufsgenossenschaften doch mit entscheiden können. Der Grund für meine Ablehnung der erwähnten Novelle liegt darin, daß durch die lange Karenzzeit der Hauptreiz für die Krankenkassen fortfiel, die Kranken so schnell als möglich gesund zu machen, ferner in der Rentenherabsetzung durch die Schiedsgerichte. Heute hat der Arbeiter zur Anfechtung der Rentenherabsetzung drei Instanzen, während die Schiedsgerichte für alle unter 25 Prozent die einzige sein sollte.

Abg. Singer (Soz.): Ich bedauere, daß der Vertreter des Staatssekretärs auf die Hülleschen Schriften nicht eingegangen ist. Noch mehr bedauere ich allerdings, daß der Staatssekretär die Gesplogtheit seines Amtsvorgängers beibehalten hat, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes zu den Reichstagsverhandlungen nicht zuzulassen.

Nun zu den Hülleschen Schriften! Der Herr Staatssekretär sagte, er hätte sie nicht gelesen; er müsse sich da auf seine Angestellten verlassen. Er trage also eigentlich nicht die Verantwortung. Wir wissen das sehr gut. Wir wissen, daß er es nur auf Anregung seines preussischen Kollegen gethan hat, und daß dieser wiederum nur einem direkten Wunsche des Kaisers Folge geleistet hat, der in den Hülleschen Schriften ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt. Wir haben es hier mit einem Akt des persönlichen Regiments zu thun, der als solcher der Kritik der politischen Parteien unterliegt. Das muß hervorgehoben werden, weil wir hier in die Lage kommen, diese durch den Kaiser direkt zur Verbreitung empfohlenen Schriften auf ihren Inhalt zu prüfen. Und wenn wir nun dem wahren Sachverhalt entsprechend erklären, daß jene auf kaiserlichen Wunsch aufgelegten Schriften nur Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen unserer Partei enthalten, so dürfen wir hier unter dem Schutze der Immunität dies wohl frei aussprechen; wir halten es aber für möglich, daß eine solche Meinungsäußerung im Lande unter dem Gesichtspunkte des solus oventualis als Majestätsbeleidigung verfolgt wird. Es ist daher gut, daß diejenigen Herren, die sich mit diesen Machwerken beschäftigen, sich auch dessen bewußt sind, aus welchem Grunde sie in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet werden, daß der Kaiser selbst sie für den Kampf gegen die Sozialdemokratie bestimmt hat. Nun, die weiteren Ereignisse, namentlich die Wahlen, werden zeigen, ob sie diesen Zweck erfüllen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hitze (Centr.): Meine Freunde stehen dem Einbringen der Novelle sympathisch gegenüber. Die Hülleschen Schriften können nicht, kann also die Auslegung des Herrn Vorredners nicht teilen. Doch muß das Reichsversicherungsamt in diesem Punkte sehr vorsichtig sein.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): Die Sozialdemokraten schildern jeden Arbeitgeber als ein wildes Tier, als einen blutdürstigen Tyrannen. (Oh! Oh! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Unternehmer sind die humansten der Welt. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Zurückziehung der vorjährigen Novelle ist nicht auf Wunsch des Unternehmertums erfolgt, sondern weil sie bei der Geschäftsloge nicht erledigt werden konnte.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Für den Erlaß betr. die Hülleschen Schriften ist der Reichskanzler resp. ich, dessen Stellvertreter, verantwortlich. Ich bitte also, alle Angriffe gegen mich zu richten; ich übernehme die volle Verantwortung. Zur Sache

selbst habe ich mich bereits bei der ersten Lesung geäußert. (Beifall rechts.)

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Der Abg. Dr. Hammacher war ja außerordentlich entrüstet über unsere Vorwürfe gegen die Berufsgenossenschaften der Unternehmer. Bei der jetzigen Organisation der Schiedsgerichte wird es für den Verletzten immer schwieriger, mit seinen Reklamen durchzubringen. Die Berufsgenossenschaft ist bei den Verhandlungen immer, der verletzte Arbeiter selten vertreten, weil er die Reizekosten nicht erhebt bekommt, wenn der Spruch gegen ihn ausfällt.

Herrn Direktor Boedike erwidere ich, daß die schweren Unfälle nicht abgenommen, sondern zugenommen haben. Trotzdem aber sind die Vollrenten von 2331 auf 505 herabgegangen. Wollte man diesen Rückgang der besseren ärztlichen Behandlung zuschreiben, so müßte doch der Rückgang überall gleich sein. Das ist aber nicht der Fall. Bei der Brauerei-Genossenschaft sind sich die Zahlen der Vollrenten ziemlich gleich geblieben. Derselbe Erscheinung ist bei den Staatsbetrieben, bei den Eisenbahnen, bei den kaiserlichen Werken zu beobachten, und Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß dort die Arbeiter schlechtere ärztliche Behandlung genossen als anderswo. Zwischen der Zahl der Geldlöcher und der Zahl der Schwerverletzten, die Vollrente erhalten müssen, ist stets ein gewisser innerer Zusammenhang. Wenn die Zahl der Vollrenten trotzdem zurückgegangen ist, so liegt das an einzelnen Berufsgenossenschaften. Es giebt ja jetzt schon Berufsgenossenschaften, die gar keine Vollrente mehr bezahlen, in dem Bestreben, ihre Mitglieder vor zu hohen Beiträgen zu schützen, sie werden darin von gewissenlosen Ärzten oft unterstützt. Zur Berufung an die Schiedsgerichte und das Reichsversicherungsamt entschließt sich der Arbeiter nur schwer. Nur wenn er jemanden hat, der ihm Eingaben macht, thut er es. Dem Abg. v. Stumm erwidere ich auf seinen Einwand, daß die Lohnlisten nicht genau seien, daß ich das auch weiß. Aber die Lohnlisten von 1886 werden nach denselben Grundsätzen aufgestellt sein, wie die von 1895, und somit läßt sich schon ein allgemeiner Schluss aus ihnen ziehen. (Sehr richtig! links.)

Die Beiräte der Schiedsgerichte sind zu groß. Würde es möglich sein, daß die Verletzten immer persönlich zur Verhandlung kämen, die Rentenrichter würde nicht so groß sein. Das Reklament darf aber nicht noch mehr zu Gunsten der Arbeitgeber geändert werden. Abg. Hammacher sprach von dem Wohlwollen der deutschen Arbeitgeber. Ich habe auch in anderen Ländern Arbeitgeber kennen gelernt, aber niemals ist mir eine solche Rohheit und Brutalität im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter vorgekommen, wie beim deutschen Arbeitgeber. Ist es doch vorgekommen, daß deutsche Arbeitgeber Tausende von Arbeitern kurz vor Weihnachten aus Lohn und Brot setzten, weil die Arbeiter Mitglieder des Tabakarbeitervereins waren. Der deutsche Arbeitgebergeist spricht aus den Mitteilungen des Centralverbandes deutscher Industrieller. Diese Herren sehen in dem Arbeiter den Untergebenen, das willenlose Werkzeug. Diese Herren widersetzen sich auch der Reform des Gesetzes, die wir für bringend nötig halten, damit die armen Krüppel nicht um ihre Renten kommen.

Abg. Fischer (freis. Sp.): Die Kritik des Abg. Wolfenbühler an den Berufsgenossenschaften ist ungerichtet, wenn wir auch ihre Reformbedürftigkeit anerkennen. Was die Hülleschen Schriften anlangt, so muß Bewahrung dagegen eingelegt werden, daß das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften zur Bekämpfung der Sozialdemokratie benutzt, die Behörde darf sich nicht in den Kampf der Parteien mischen. Auf keinen Fall dürfen wir einer solchen unerhörten Praxis unsere Zustimmung geben. (Beifall links.)

Abg. Bebel (Soz.): Am 15. Dezember v. J. habe ich in meiner Rede davon gesprochen, daß in einer Sitzung des Centralverbandes deutscher Industrieller zehn Regierungsvertreter anwesend gewesen seien. Darauf erwiderte am 17. Dez. der Staatssekretär Graf v. Posadowsky, daß meine Behauptung nicht zutreffend sei; früher hätte wohl eine Versammlung des Verbandes stattgefunden, an der Regierungsvertreter teilgenommen; aber in der von mir gemeinten Sitzung sei das nicht der Fall gewesen. Ich gab das damals zu; mittlerweile aber hat sich auf Grund des Protokolls jenes Verbandstages herausgestellt, daß meine Angabe durchaus begründet war. In jener Versammlung, die am 3. und 4. Februar stattfand, waren zehn Delegierte der Regierung anwesend. Es ist auffallend, daß in der Protokollliste zuerst die Direktoren, dann die Delegierten der preussischen Regierung und nach ihnen die Mitglieder des Verbandes aufgeführt werden, so daß bei nicht Orientierten sehr wohl der Glaube entstehen kann, daß jene Delegierten selbst dem Centralverbande angehörten. Ich kann die Liste der zehn Delegierten hier vorlesen. (Nebener dies: an der Spitze der Liste steht Herr v. Boetticher, und so geht es fort bis zu Direktor Hofmann.) Bei einer derartigen Nichtnahme den Herren vom Centralverband gegenüber kann es nicht wunder nehmen, daß jene Herren sich als die maßgebende Gewalt im deutschen Reiche ansehen.

Und wenn Sie erst wüßten, wie die Delegierten sich dort geäußert, so würden Sie dies erst recht selbstverständlich finden. Das einleitende Wort sprach dort der Direktor im Reichsversicherungsamt, Herr Boedike; er sagt dem Verbands seinen „herzlichsten Dank“ dafür, daß es ihm „vergönnt ist, hier zu weilen.“ Es ist geradezu ein Genuß, an Ihrer Hand einmal die Thatfachen zu erkennen und zu rekapitulieren, die für unsere Stellungnahme entscheidend sind.“ Meine Herren, so etwas ist von selten der Regierung dem Reichstage noch nie gesagt worden. Dann sprach Graf Münster: „Ich muß Ihnen einige Worte des Dankes dafür sagen, daß Sie es mir gestattet haben, in Ihrer Mitte zu sprechen.“ Ja, wenn die Vertreter der Regierung zu dem Centralverband so sprechen, so braucht man sich wirklich nicht darüber zu wundern, daß die Novelle, wenn sie den Wünschen jener Herren nicht entsprochen, dem Reichstage nicht mehr vorgelegt werden soll.

Ich will noch einige Worte über die Hülleschen Schriften sagen. Wir wissen sehr wohl, daß dem Staatssekretär jedes Mittel im Kampf gegen die Sozialdemokratie recht ist, daß, je gewaltthätiger man gegen uns vorgeht, man um so mehr das Wohlwollen des Staatssekretärs erregt. Wir müssen aber auf das entscheidendste dagegen protestieren, daß der Staatssekretär seine amtliche Stellung dazu mißbraucht, ich wiederhole das Wort: mißbraucht, einen Erlaß zu veröffentlichen, daß bestimmte Schriften von einer ausgesprochenen Tendenz zu verbreiten sind. In eine Krankenanstalt gehört keine Parteithätigkeit, keine religiöse Thätigkeit. Da gehört nur das Hin, daß der Kranke mögliche Pflege, mögliche Ruhe hat, daß von ihm ferngehalten, was ihm Aufregung bereiten könnte. Wenn solche Danks- und Schandbriefe da verteilt werden, wo keine einzige andere Druckschrift vorhanden ist, dann ist die selbstverständliche Folge, daß es zu Differenzen, zu Streitigkeiten und Ränken kommt, kurz zu allem, was in einem direkten Gegensatz zu dem eigentlichen Zweck der Anstalt steht. Sie haben nicht das Recht, Herr Staatssekretär, unter Mißbrauch Ihrer autoritativen Stellung gegen eine bestimmte Partei hegen zu lassen. Heute ist es allein die Sozialdemokratie, gegen die man so vorgeht; kommt aber einmal ein Sozialmann vom Schlage Bismarcks ans Ruder, dann werden auch andere Parteien ebenso behandelt werden. Es ist sehr gut, daß mein Freund Singer vor aller Welt hier festgestellt hat, wo eigentlich die Quelle solcher Maßregeln zu suchen ist. Und es ist sehr wunderbar, daß Herr Hitze von den Hülleschen Schriften keine Kenntnis hatte, da sie doch in Millionen von Exemplaren in das Land gehen.

Ich lege weiter Bewahrung gegen die Behauptung des Abg. Dr. Hammacher ein, daß wir jeden Unternehmer als wildes Tier betrachten. Wo hat Hammacher diese Ansicht her, womit will er sie beweisen? In diesem Hause sind sicher nicht solche Aeusserungen von uns gefallen; am allerwenigsten von Wolfenbühler. Wolfenbühler hat im Gegenteile die Berufsgenossenschaft, deren Vorsitzender der Abg. Wölsche ist, die Brauerei-Genossenschaft, und ebenso die Berufsgenossenschaft der Staatsbetriebe lobend erwähnt und durchaus nicht mit den anderen in denselben Topf geworfen. Es giebt

keine Partei im ganzen Hause, die so bereitwillig als wir es anerkennen, wenn ein Beamter mit seinen Untergebenen, ein Unternehmer mit seinen Arbeitern menschlich, human und gerecht verfährt. (Oh! Oh! rechts.) Daß es so selten vorkommt, liegt doch nicht an uns. (Heiterkeit.) In der Hand der offiziellen Statistik hat Wolfenbühler nachgewiesen, daß, obwohl die Zahl der Unfälle zugenommen hat, doch die Zahl der schweren Unfälle, wo auf Erwerbsunfähigkeit erkannt werden mußte, abgenommen hat. Wenn ein Mann, der sich wie Wolfenbühler so eingehend mit diesen Dingen beschäftigt, diese Zahlen liest, muß er doch zu seinen Schlüssen gegen das Verfahren der Berufsgenossenschaften kommen. Daß die Verurteilungen nicht erheblich zugenommen haben, beweist nichts. Da müßte man erst wissen, worauf sich die Verurteilungen erstrecken, auf schwere oder leichte Unfälle. Wolfenbühler hat bereits auf die Schwierigkeit der Berufung für die Arbeiter hingewiesen. Wir haben 70 sozialdemokratische Zeitungsredaktionen, 80 Redaktionen von Gewerkschaftsblättern, Arbeitersekretariate u. s. w. Wenn sie nicht wären, würde die Zahl der Berufungen noch viel kleiner sein. Denn die Mehrzahl der Arbeiter ist wegen mangelnder Kenntnisse nicht in der Lage, Berufungsschriften abzufassen. Die Kritik, die Wolfenbühler an den Berufsgenossenschaften geübt hat, war durchaus berechtigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Salisch (kons.): In Bezug auf die Hülleschen Schriften teile ich natürlich den Bebel'schen Standpunkt nicht. Ich kenne zwar die Schriften nicht (große Heiterkeit), aber da die Sozialdemokraten sie angehen, müssen sie vorzüglich sein. Die Behörden müssen dafür sorgen, daß die Religion erhalten, die Vaterlandsliebe gestärkt und die Ehrfurcht vor unserem König und Herrn nicht in der Weise verletzt wird, wie es der Abg. Singer hier unter dem Schutze der Immunität gethan hat. (Bravo! rechts.) Es giebt gottlos noch manches Krankenhaus, wo keine Sozialdemokraten sind. Absolut harmlose Schriften sind nur mathematische, alle übrigen Schriften haben immer einen bestimmten Parteilag. In meiner Gegend giebt es gottlos keine Sozialdemokraten. Deswegen sind die Arbeiter doch nicht so verlassen, wie Herr Bebel es hinstellt. Wenn sie Eingaben zu machen haben, wenden sie sich an uns und selbst wenn sie einem Schreiber dafür 50 Pfg. zu zahlen haben, kommt es ihnen nicht so teuer, als den sozialdemokratischen Arbeitern die Hilfe ihrer Führer. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Herr von Salisch kennt die Hülleschen Schriften zwar nicht, aber er verteidigt sie. Das ist sehr charakteristisch, und steht auf demselben Niveau wie seine Schwägerung. Er läßt er doch einmal, weshalb bei dieser unserer Vermessenheit die Zahl der Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr steigt. Wenn er meint, daß es in seiner Provinz keine Sozialdemokraten giebt, so wird er nicht mehr lange darauf zu warten brauchen; die Wahlen stehen ja schon vor der Thür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse in Ostpreußen sind der beste Kulturboden für den sozialdemokratischen Volkslus.

Dem Staatssekretär ist meine Mitteilung offenbar nicht richtig wiedergegeben worden. Ich habe gar nicht von einem Erlaß gesprochen, sondern nur gesagt, daß der Staatssekretär durch seinen preussischen Kollegen, den Minister des Innern, veranlaßt worden ist, seine nachgeordneten Beamten mit der Anweisung zu versehen, die Hülleschen Schriften zu verbreiten, und daß diese Mittelung des preussischen Ministers des Innern auf direkten Wunsch des Kaisers erfolgt ist. Diese Darstellung hat der Staatssekretär nicht bestritten, ich darf also wohl annehmen, daß sie richtig ist. Ich habe dann weiter die Hülleschen Schriften als einen Akt des persönlichen Regiments bezeichnet. . .

Präsident v. Buol: Diese Ausführungen gehören nicht hierher.

Abg. Singer: Ich bitte um Verzeihung; wir debattieren hier über das Reichsversicherungsamt; es handelt sich um eine Amtshandlung seines Präsidenten. . .

Präsident v. Buol: Ja, aber Ausführungen über die Richtigkeit dieses oder jenes Regierungssystems gehören nicht hierher.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich halte alles aufrecht, was ich gesagt habe. Der Staatssekretär hätte auch daran, sich nicht von irgend einer Seite kommandieren zu lassen! (Beif. v. d. Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Wenn sich Herr Singer in verfassungsmäßigen Grenzen halten will, darf er nur den Reichskanzler angreifen, niemanden anders. Wenn man hier fortgesetzt alle anderen Personen angreift, so liegen darin die Keime zu schweren Konflikten. (Bebel: Na! Heiterkeit.) Herr Bebel hat mir Antismißbrauch vorgeworfen, weil ich die Hülleschen Schriften empfohlen hätte. Ich habe sie nur in geeigneten Fällen empfohlen. Ich bin weit entfernt, die Verantwortung für alle Hülleschen Schriften zu übernehmen. Es ist mir aber gesagt worden, daß einzelne Hüllesche Schriften rein religiösen und patriotischen Inhalts sind, ohne Angriffe auf andere Parteien zu enthalten.

Was die Entsendung der Kommission zum Centralverband deutscher Industrieller anlangt, so sind keine Regierungs-kommissionäre dort gewesen, nachdem die Novelle in der Kommission fertiggestellt war. Herr Bebel stellt es so dar, als habe sich die Regierung durch den Centralverband beeinflussen lassen, die Novelle jetzt nicht wieder einzubringen. Die Regierung ist zu diesem Entschluß aber völlig unabhängig vom Centralverband gekommen. Herr Bebel hat einem meiner Räte es zum Vorwurf gemacht, daß er dort gesagt hat, es sei ihm ein wahrer Genuß gewesen, der Versammlung beizuwohnen, so gut werde der Reichstag nie behandelt. Wenn ich hier am Schlusse einer fünfjährigen Debatte, die sich angeschlossen an die zu Unrecht erfolgte Veröffentlichung eines geheimen Erlasses von mir gesagt hätte, diese Debatte wäre mir ein wahrer Genuß gewesen, so hätte mir das Herr Bebel selber nicht geglaubt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Ich muß den Herren von der Sozialdemokratie meinen Dank aussprechen für die Reklame die sie den Hülleschen Schriften gemacht haben.

Abg. Bebel (Soz.): Daß es dem Staatssekretär keinen Genuß bereitet hat, hier fünf Tage lang auf der Anklagebank zu sitzen, glaube ich ihm gern. (Heiterkeit.) Ich habe die Aeußerung des Kommissars nur deshalb erwähnt, um das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Centralverband zu kennzeichnen. Meine Bemerkung über den Antismißbrauch des Herrn Staatssekretärs muß ich aufrecht erhalten.

Präsident v. Buol: Ich hoffe, Herr Bebel, Sie gebrauchen das Wort Antismißbrauch nur in objektiven Sinne. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Selbstverständlich. (Heiterkeit.) Die Krankenhäuser sind ein neutraler Boden und politische Agitation gehört dort nicht hin. Stellen Sie sich doch einmal den Fall vor, es würden nicht sozialdemokratische Schriften, das was ich gar nicht auszubedenken, aber freisinnige Schriften den Berufsgenossenschaften von einem Beamten empfohlen. Welches Befehl würde sich auf der Rechten erheben und auch bei der Regierung. Der Beamte würde nicht 24 Stunden mehr im Amte bleiben. Ich selbst würde es in der Ordnung finden, wenn einem Parteigenossen vor mir, der dort sozialdemokratische Agitation treiben wollte, dies verboten würde. Etwas anderes ist es aber, wenn er privatim der Vorwärts lieft. Das muß ihm ebenso gestattet sein, wie einem Christen oder Juden, religiöse Schriften seiner Religionsgenossenschaft zu lesen. Mit der Verbreitung der Hülleschen Schriften von Antismiswegen wird aber Agitation getrieben und deshalb hatte ich recht von einem Antismißbrauch zu sprechen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird geschlossen. Das Kapitel wird be-

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (1. Etat des Reichskanzlers. 2. Rest des Etats des Innern. 3. Justizetat.)